

# Frieden

## im Fokus

# Frieden

im Fokus

**Herausgeber:**

Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn

**Autorin:**

Dr. Aurelia Berke

**Design:**

i-gelb GmbH, Köln

**Druck und Bindung:**

Quickprinter GmbH, Buchbinderei Höhner

**Bildnachweis:**

Seite 15: Cornelia Brinkmann

Seite 37: Sofia Hedlund

Seite 49: Udo Krenzer

Seite 59: DED

Seite 69: Dr. Timo Weinacht

Seite 79: Mirtha Casas

Seite 89: Trisha Tamparong

Seite 101: DED

Seite 111: Masawuko Maruwacha

## Inhalt

Einführung	9
Afghanistan: Calling Kabul	15
Uganda: Keine Angst vor großen Tieren – die Befriedung der Provinz Yumbe	27
Kambodscha: Keine Macht den Waffen! Der Wille, Werte zu wandeln	37
Guatemala: Mit Pinsel und Schaufel auf den Spuren der Vergangenheit	49
Palästina: Als Grenzgänger zwischen den Welten	59
Ruanda: Vorhang auf! Die Kinder- und Jugendarbeit in Butare	69
Chile: Die Kunst des Zuhörens oder der Streit um Land in BioBio	79
Philippinen: Geister, Gangster und gute Arbeit: Konfliktmanagement auf Mindanao	89
Ecuador: Konfliktmanagement im Kampf gegen die Motorsäge	101
Sudan: Im Schatten der Gewalt – Die Chronik von Sanam-El-Naga	111

## Einführung

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ – in den letzten Jahren hat die Bedeutung der Friedensförderung und Zivilen Konfliktbearbeitung für die Entwicklungszusammenarbeit stetig zugenommen. Neben dem Abbau struktureller Konfliktursachen kommt heute der Unterstützung von Mechanismen gewaltfreier Konflikttransformation und ziviler Krisenprävention eine zentrale Rolle zu. Die aktuelle entwicklungspolitische Friedensarbeit gründet nicht zuletzt in der Verantwortung, die mit der deutschen Vergangenheit verbunden ist. Diese Verantwortung lehrt, Gewalt zu vermindern oder zu vermeiden, weltweit aktiv Verständigung und einen nachhaltigen, gerechten Frieden zu fördern.

Willy Brandt stellte in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises fest, dass Frieden, wie auch Freiheit, keine ursprüngliche Gemütsverfassung ist, dass Frieden erschaffen werden muss, im wahrsten Sinne des Wortes. Keine nationalen Interessen dürften heute noch getrennt werden von der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden, weltweit. Und es reiche nicht, friedensliebende Absichten zu formulieren, sondern man müsse sich aktiv darum bemühen und helfen, Frieden zu organisieren.

Inzwischen nennt die deutsche Bundesregierung in ihrem Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung den Zivilen Friedensdienst (ZFD) „das wichtigste friedenspolitische Instrument zur Förderung von Friedenspotenzialen der Zivilgesellschaft“. Der ZFD findet in allen drei Phasen eines Konfliktes seine Anwendung – vor Ausbruch von Gewalt, während Gewalthandlungen und

auch in der Konfliktnachsorge –, indem er die Form und Dynamik einer Konfliktaustragung mit gewaltfreien Mitteln dahin beeinflusst, dass Gewalt verhindert, beendet oder zumindest gemindert werden kann. Obwohl der ambitionierte Begriff anfänglich Erwartungen weckte, die auf das programmatisch Realisierbare reduziert werden mussten und obwohl ihm Skepsis, ja sogar Häme von vielen politischen und diplomatischen Akteuren entgegenschlug, hat sich der ZFD tatsächlich knapp sieben Jahre nach seiner Einführung nicht nur als praxisnahes Werkzeug der Friedensförderung in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch als vorbildliches Gemeinschaftswerk staatlicher und nichtstaatlicher deutscher Träger im Konsortium ZFD bewährt.

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist das einzige staatliche Mitglied des Konsortiums ZFD und hat in seinem Leitbild Friedensförderung und Zivile Konfliktbearbeitung zu Schwerpunkten seiner Arbeit gemacht. Entsprechend der im Konsortium gemeinsam entwickelten ZFD-Standards nutzt der DED das friedensfördernde Instrument aktuell in 14 Ländern mit der strategischen Entsendung von über 70 Friedensfachkräften in lokale Partnerorganisationen, staatliche wie nichtstaatliche.


Er ist insbesondere dort tätig, wo es die politischen Rahmenbedingungen zulassen, regionale und auch nationale Konflikte auf lokaler Ebene im partnerschaftlichen Diskurs lösen zu helfen – keinesfalls aber selbst zu lösen. Der ZFD ist kein Frieden bringender Engel, sondern ein Instrument der internationalen Politik, der Diplomatie wie der Entwicklungspolitik, das den Menschen Sicherheit gibt, ihnen Methoden und Wissen vermittelt, dass es zur Lösung von

Konflikten stets eine zivile, das heißt eine nicht mit Gewalt und Krieg einhergehende, Alternative gibt. Dies ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die oft mit hohen Erwartungen und geringer öffentlicher Anerkennung verbunden ist.

Häufig wird der DED gefragt, was man sich konkret unter Ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung vorzustellen habe, welche Art von Aktivitäten der DED in diesem Bereich fördere und welche nachhaltigen Wirkungen das facettenreiche ZFD-Engagement erziele. Diese Anfragen sind der Anlass für das nun vorliegende Buch, das praxisnahe Einblicke in die vielfältige Arbeit des DED in diesem Bereich bietet und Wirklichkeiten aufzeigt, in denen Friedensfachkräfte des DED tätig sind. Dr. Aurelia Berke hat die Lebenswelten und Erfahrungen der Friedensfachkräfte anhand von Berichten, Presseartikeln und eigenen Interviews für den DED in diesem Buch lebendig aufgearbeitet.

Die hier vorgestellten zehn Projekte aus zehn Ländern sind dynamisch und immer wieder mit unvorhersehbaren politischen Ereignissen und sich ständig verändernden Rahmenbedingungen konfrontiert. In diesem Kontext Wirkungen des ZFD zu beobachten, ist eine tagtägliche Herausforderung. Mit den eigenen ZFD-Erfahrungen im Blick beteiligt sich der DED deshalb intensiv am Diskurs zum Thema Wirkungsorientierung. Eine Voraussetzung, um die Wirkungen eines ZFD-Engagements beurteilen zu können, liegt in der Erkenntnis, dass friedliche Entwicklung und gewaltfreie Konflikttransformation immer mit langwierigen Lernprozessen und Verhaltensänderungen verbunden sind. Positive Verhaltensänderungen aller an einem Konflikt beteiligten Akteure – mitunter in winzigen Schritten – sind eine

Grundvoraussetzung für die nachhaltige, friedliche Transformation des Konflikts. Auch die kleinsten Meilensteine sind dabei erkennbar. Denn unsere Partner vor Ort haben sich bewusst für diesen Prozess entschieden und unseren Friedensfachkräften das Mandat gegeben, sie auf einem gemeinsamen Abschnitt des friedlichen Weges professionell zu begleiten. Ihnen allen gilt unsere Hochachtung und unser besonderer Dank.



Dr. Jürgen Wilhelm  
Geschäftsführer



Dr. Matthias Ries  
Referatsleiter  
Ziviler Friedensdienst,  
Zivile Konfliktbearbeitung  
und Friedensförderung



# Afghanistan

Calling Kabul



„Alles dunkel und kein Strom“, begrüßt Katja Richter mich fröhlich, als ich sie am Abend über ihr Mobiltelefon erreiche. Kein Ausnahmezustand, sondern die Regel in Kabul, wie ich erfahre. „Wenn alles gut geht, haben wir alle zwei Tage Strom. Heute ist der erste“, sagt sie lapidar, so als wäre das gar kein Thema. Viel Aufhebens um die Unannehmlichkeiten, die ihr Alltag in Afghanistan mit sich bringt, macht Katja Richter ohnehin nicht. Souverän, ausgeglichen und konzentriert wirkt sie, aber auch sehr offen, zuversichtlich, positiv. Und wenn sie von ihrer Arbeit erzählt, dann tut sie das mit einer Leidenschaft, an der man merkt, dass Kabul für sie mehr als nur ein Job ist.

Seit Juni 2005 arbeitet die Ethnologin im Rahmen des ZFD beim United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat), dem Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen, das Regierungen bei der Erschließung von Siedlungsräumen und beim Wiederaufbau zerstörter Siedlungen unterstützt. In Afghanistan ist UN-Habitat seit 2002 federführend an der Umsetzung des Nationalen Solidaritätsprogramms (NSP) beteiligt. Das NSP wird von der Weltbank und verschiedenen ausländischen Regierungen finanziert und unter dem Dach des afghanischen Entwicklungsministeriums verwirklicht. Es ist ein Dorfentwicklungsprogramm mit einmaliger Dimension: Im ganzen Land sollen Dorfgemeinden mobilisiert werden, ihren eigenen Entwicklungsrat zu wählen, der dann bestimmt, welche Projekte in der Gemeinde am dringlichsten sind und internationale Unterstützung verdienen. Ein intelligentes Konzept, das demokratische Werte an der Basis etablieren will und die Menschen in den Dörfern befähigen soll, ihre Wieder-

aufbau- und Entwicklungsprojekte langfristig selbst in die Hand zu nehmen.

Inzwischen arbeitet UN-Habitat mit rund 3000 Gemeinden in neun Provinzen – auch im Süden des Landes, wo aufgrund der angespannten Sicherheitslage kaum internationale Hilfe präsent ist. „Die Organisation bildet so genannte Distrikt-Trainer und lokale Organisatoren aus, die in die Dörfer fahren, die Bedürfnisse der Menschen erfragen und die Wahlen für die örtlichen Dorfwahlräte organisieren“, erklärt Katja Richter das Prozedere. „Welche Projekte realisiert werden, entscheiden die Räte. Die UN-Habitat-Mitarbeiter helfen dann bei der Projektplanung, aber verantwortlich bleiben letztendlich die Gemeinden.“

Dass dieser Prozess nicht immer reibungslos abläuft, ist kaum verwunderlich. Schließlich muss entschieden werden, was im Dorf am nötigsten gebraucht wird. Und da gehen die Meinungen oft auseinander: Während der Eine zum Beispiel eine Straße bauen möchte, hätte der Andere vielleicht lieber eine Schule oder einen Staudamm oder auch einen Generator, damit es wenigstens eine Stunde täglich Strom gibt. Auch bei den Wahlen selbst kann es Unmut geben, so etwa, wenn Mitglieder der traditionellen Shura nicht in den Entwicklungsrat gewählt werden. Die Shura ist ein Ältestenrat, der sich aus angesehenen Personen des Dorfes zusammensetzt, aber keine demokratische Legitimation hat. „Meistens werden die Personen der früheren Shura aber auch in die Dorfvertretung gewählt“, sagt Katja Richter, „was gut ist, weil auf diese Weise möglichst viele, und zwar auch traditionelle Kräfte in den Prozess integriert werden. Auch Mullahs werden in die Räte gewählt.“ Doch

im Dickicht des dörflichen Konfliktpotenzials gibt es noch anderes Gefahrgut. Das können zum Beispiel Streitereien um die Wasserverteilung sein oder auch Querelen um Land, das während der Kriegswirren gleich mehrmals den Besitzer gewechselt hat. Ein Grund mehr, warum die Distrikt-Trainer und Organisatoren von UN-Habitat – alles Afghanen übrigens, die vor Ort arbeiten und leben – auf solche Situationen vorbereitet sein müssen. Hier wird Katja Richters Arbeit ansetzen: Nach Nouruz, dem afghanischen Neujahresfest am 21. März, wird sie für die Distrikt-Trainer und Organisatoren von UN-Habitat in den Provinzen die ersten Workshops zur Mediation und Konflikttransformation abhalten. Und die versprechen, für alle Beteiligten ziemlich interessant zu werden.

## Keine halben Sachen

Mit einer ordentlichen Portion Kreativität hat Katja Richter in den letzten Monaten fleißig an Workshopmaterial gearbeitet, das zwar „westliche Konzepte“ vorstellt, dabei vor allem aber Raum für Diskussionen lässt. Hier das rechte Maß zu finden, erfordert einiges an kultureller Sensibilität und die Abkehr von der Vorstellung, dass die eigenen (Denk-)Modelle auch für die Afghanen die einzig wahren sind. „Das wird schon alleine dadurch klar, dass sich ein Begriff wie „Mediation“ gar nicht mit einem Wort in Dari oder Paschtu übersetzen lässt“, erklärt Katja Richter. „Die Workshops sind deshalb eher wie Diskussionsforen geplant. Ich werde westliche Mediationskonzepte vorstellen und die Teilnehmer dann auffordern, sie zu diskutieren und zu überlegen, welche

Pendants es in der eigenen Kultur gibt. Nur wenn die Leute sich aussuchen können, was sie brauchen und was für sie in gewissen Situationen nützlich ist, dann bleibt da auch nachhaltig was. Man kann nicht fremde Mechanismen predigen, für die die Afghanen gar nicht empfänglich sein können. Man kann ihnen nur helfen, ihre eigenen Mechanismen wiederzuentdecken.“

Es ist Katja Richter anzumerken, wie sie sich selbst auf diese Entdeckung freut. Über das Lehrmaterial, das sie entwickelt hat, spricht sie mit einer Begeisterung, die selbst über die wacklige Mobilfunkverbindung noch ansteckend wirkt. Möglichst praxisorientiert habe sie ihre Handouts, Handbücher und Aktionspläne gestaltet, sagt sie, „westliche Konzepte“ auf afghanische Alltagssituationen zu übertragen versucht. „Das Material wird jetzt in Mazar (Provinz Balkh) getestet und von Afghanen diskutiert und kann so möglicherweise noch verbessert werden“, freut sie sich. Sogar eine Comic-Geschichte hat sie konzipiert – mit dem intelligenten Hintergedanken, dass die UN-Habitat-Mitarbeiter das Material auch in die Gemeinderäte tragen, wo längst nicht alle Mitglieder lesen können, von ihren Familien ganz zu schweigen.

Eine Heidenarbeit, wie sie zugibt, vor allem, weil nicht nur Männer, sondern zum Teil auch Frauen Entwicklungsräte gründen und die Inhalte der Materialien dementsprechend angepasst werden müssen. Aber mit halben Sachen gibt sich Katja Richter nicht zufrieden. Am Text wird solange gefeilt, bis er zur Zielgruppe passt. Zum Glück stehen ihr dabei seit kurzem zwei lokale Mitarbeiter zur Seite, die von ihr geschult werden und helfen, das Material in Dari und Paschtu zu übersetzen. Sie werden auch bei den Workshops

dabei sein – Englisch sprechen die künftigen Teilnehmer nämlich so gut wie gar nicht. Geplant sind die Workshops für alle neun Provinzen, in denen UN-Habitat agiert. „Dabei werden Aktionspläne erstellt, damit die Teilnehmer mit ihrem neuen Wissen weiterarbeiten können, es bei ihrer Arbeit in den Dörfern anwenden und ihrerseits weiterstreuen“, sagt Katja Richter. „Auch Folgeworkshops werden stattfinden, um zu sehen, ob die ersten gefruchtet haben.“

Um das Trainingsmaterial erarbeiten und einen Programmplan aufstellen zu können, hat Katja Richter zu Beginn ihres Aufenthalts verschiedene Provinzen besucht und auf diese Weise einen guten Einblick in die Arbeit der Gemeindevertretungen gewonnen. Ich möchte von ihr wissen, ob UN-Habitat Wert darauf legt, dass auch die afghanischen Frauen in den Entwicklungsprozess integriert werden. „Natürlich ist das wünschenswert“, antwortet sie, „aber man muss immer im Hinterkopf haben, dass es sich hier um historisch gewachsene Werte handelt, die man mit schriftlich fixierten Regeln am allerwenigsten in den Griff bekommt. Würde man etwa vorschreiben, dass es Frauenräte geben muss, dann würde das schnell ziemlich viele Probleme schaffen. Nicht überall, aber in einigen Provinzen schon. Da räumt man den Frauen mehr Chancen ein, wenn man keine Vorgaben macht.“ So gibt es in einigen Provinzen durchaus Frauenräte, manchmal sitzen Männer und Frauen auch zusammen in der Dorfvertretung und woanders wiederum dürfen die Frauen gar nicht mitwählen. „Das ist von Provinz zu Provinz ganz unterschiedlich“, sagt sie.

Neben den Wahlen, denen Katja Richter beiwohnen durfte – für die Dorfbewohner übrigens stets ein großes Er-

eignis, obwohl meist nur ein einfacher Pappkarton als Wahlurne dient – hat sie in den Dörfern auch verschiedene „Literacy-Classes“ besucht, Kurse, in denen Erwachsene lesen, schreiben und rechnen lernen. Auch sie werden von UN-Habitat-Trainern geleitet und finden im Rahmen des „Literacy and Community Empowerment Programme“ (LCEP) statt, einem weiteren Programm, bei dem UN-Habitat als Partner fungiert. In den Dörfern erfreuen sich diese Kurse derartiger Beliebtheit, dass sie von den Dorfwahlräten oft als NSP-Projekte beantragt werden. Und das hat Katja Richter auf eine weitere geniale Idee gebracht.

## Mitgedacht

Was Katja Richter in den Dörfern an Heißhunger auf Bildungsmaterial entgegenschlägt, ist schier überwältigend. „Da sitzen 25 Leute auf wenigen Quadratmetern, mit glühenden Gesichtern und leuchtenden Augen und lernen alles, was ihnen geboten wird. Sie sind wie trockene Schwämme, die das Wenige, was es gibt, eifrig aufsaugen. Die Lehmwände der engen Räume sind voll mit selbst gemachten Gedichten, Buchstaben und Rechenformeln“, sagt sie, und dann: „Das ist schon ergreifend. Zumal vor allem die Frauen ihre neuen Schreibfähigkeiten oft nutzen, um das Erlebte aufzuschreiben und zu verarbeiten – es ist ihre Art der Traumabewältigung. In Herat erzählte mir eine Frau, sie habe bei einem russischen Luftangriff ihre gesamte Familie verloren, und es sei ihr seitdem immer schlecht gegangen. Jetzt habe sie über das Erlebte geschrieben und es öffentlich ausgehängt, und es gehe ihr deshalb viel besser.“

Umso bedauerlicher ist es, dass die Zukunft des LCEP, das bislang von United States Agency for International Development (USAID) finanziert wird, momentan in den Sternen steht. Doch die Menschen in den Dörfern haben ein so großes Bedürfnis, die Leere nach dem Krieg wieder zu füllen, dass sie die „Literacy-Classes“ zur Not auch ohne offizielle Hilfe weiterführen wollen. Was dafür vor allem anderen fehlt, ist neues Material. „Es gibt nur ein Lesebuch mit Geschichten, das im Rahmen des LCEP entwickelt worden ist, und das sich inzwischen zu einer regelrechten „Bibel“ entwickelt hat“, erzählt Katja Richter. „Deswegen habe ich überlegt, dass ich den Klassen doch auch mein Material zur Verfügung stellen könnte. Bei meinem Besuch in Herat habe ich gesehen, dass die Lehrmaterialien auch in den Familien herumgereicht und diskutiert werden. Es wäre doch toll, wenn das auch mit meinem Material zur Konflikttransformation gemacht würde.“ Dass damit wiederum ein Mehr an Arbeit verbunden ist, ist für sie völlig nebensächlich: „Da müssten ja nur die Texte etwas vereinfacht werden – ein ziemlich geringer Aufwand, wenn man bedenkt, was man damit bewirken kann.“

Überhaupt stelle ich im Gespräch immer wieder fest, wie sehr Katja Richter die Menschen, mit denen sie arbeitet und der Auftrag, den sie bei UN-Habitat erfüllt, am Herzen liegen. Sich nach den vorgesehenen zwei Jahren einfach aus dem Kabuler Staub zu machen, kommt deshalb für sie auch nicht in Frage. „Peace-Building ist eine langfristige Angelegenheit, und ich kann ja die Leute nicht mitten im Projekt einfach stehen lassen“, sagt sie schlicht. Ich stelle es mir trotzdem schwierig vor, in einem Land zu leben, wo die

Gefahr ein ständiger Begleiter ist und frage sie, ob sie die Sicherheitsbeschränkungen, denen ihr afghanischer Alltag unterliegt, nicht als Belastung empfindet. Tut sie nicht, obwohl es offenbar mehr Regeln gibt, als ich vermutet habe. Autofahren in Kabul zum Beispiel darf sie nur in Begleitung eines männlichen Fahrers – eine Regel, die sie streng befolgt, auch wenn der Fahrer in der Praxis meist auf dem Beifahrersitz landet. Überlandfahrten sind nicht gestattet, ebenso wenig wie Nachtfahrten oder Spaziergänge im Dunkeln. „Unsicher fühle ich mich eigentlich nicht“, sagt sie ein wenig nachdenklich. „Es ist vielleicht eher ein unbewusster Druck, der immer da ist.“ Auswirkungen auf ihren Taten-drang scheint dieser allerdings nicht zu haben. Schon spielt sie mit dem Gedanken, nach den Workshops zur Mediation eventuell auch Diskussionsforen zur Geschichtsanalyse zu veranstalten, in denen sich die Teilnehmer mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen, sie bewerten und beurteilen – ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf dem Weg zur besseren Verständigung der Dorfgemeinschaften untereinander.

Katja Richter sprüht nur so vor Ideenreichtum und Energie. Und das um acht Uhr abends, nach einem voll gepackten Arbeitstag und im Dunkeln sitzend. Nun, nicht ganz im Dunkeln, wie ich schließlich herausfinde, denn sie hat eine alte Autobatterie zurechtgebastelt, an die sie bei Stromausfall eine kleine Lampe anschließen kann. „Kerzen gibt es hier nur die pakistanischen, und die brennen recht schnell runter“, sagt sie, und es klingt so, als wäre es in einem solchen Fall nur ganz natürlich, eine Autobatterie umzufunktionieren. Für mich, die ich allein damit überfordert wäre, steht fest: Katja Richter ist die richtige Frau am richtigen Ort. Kein Zwei-

fel, dass sie am Hindukusch in den nächsten Monaten und Jahren noch so manch gute Idee in die Tat umsetzen wird – uneitel pragmatisch, mit einem bemerkenswerten kulturellen Feingefühl und einer Energie, die keinen Feierabend zu kennen scheint. Wer Katja Richter zuhört, wird begreifen, dass ihr das ein echtes Bedürfnis ist – den Menschen zu helfen, sich selbst zu helfen.



## Uganda

Keine Angst vor großen Tieren:  
Die Befriedung der Provinz Yumbe

„Wenn zwei Elefanten sich streiten, ist es das Gras, das leidet“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. In der Provinz Yumbe, im nordöstlichen Zipfel Ugandas an der Grenze zu Sudan und Kongo, findet diese Weisheit ihre traurige Bestätigung: Jahrelang wütet hier ein furchtbarer Kampf zwischen Rebellen und Regierung, unter dem nicht die Kontrahenten selbst, sondern die Männer, Frauen und Kinder in den Dörfern zu leiden haben. Die Rebellen sind ehemalige Soldaten Idi Amins, mit deren Hilfe sich Präsident Yoweri Museveni im Jahr 1986 durch den Sturz des damaligen Machthabers Milton Obote an die Macht brachte. Viel hat er ihnen damals versprochen, nichts davon gehalten. Aus Zorn und Enttäuschung formieren sich die Soldaten zur Uganda National Rescue Front II (UNRF II) und führen fortan einen blutigen Guerillakrieg, der sich offiziell gegen Musevenis Truppen richtet, tatsächlich aber auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen wird. Dörfer werden überfallen, Häuser geplündert und niedergebrannt, Menschen sterben. Einige werden verschleppt, zwangsrekrutiert und zu Kämpfern ausgebildet – junge Männer meist, manchmal noch Kinder.

Keiner in Yumbe ist mehr sicher, die Menschen leben ohne Hoffnung und in ständiger Angst. Angst, das spärliche Hab und Gut zu verlieren, vertrieben, verschleppt oder getötet zu werden. Selbst als die UNRF-II-Rebellen sich 1999 in den Sudan zurückziehen und die Angriffe seltener werden, bleibt das Leben in Yumbe gelähmt. Und dann, im April 2002, passiert das Unfassbare: Mit einem Mal steht die gesamte Rebellenarmee der UNRF II vor der Tür der einheimischen Nichtregierungsorganisation Participatory Rural Action for Development (PRAFORD) und ist zu Friedens-

gesprächen mit der Regierung bereit. Es ist ein unvergesslicher Tag für Yumbe. Und ein unvergesslicher Tag für die Frau, die gemeinsam mit PRAFORD-Leiterin Joyce Ayikoru alles daran gesetzt hat, diese Gespräche möglich zu machen: Barbara Winstel.

## Mittelsfrau zwischen den Fronten

Nur einige Monate zuvor, im November 2001, wird die deutsche Ethnologin im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes nach Yumbe geschickt. Als erste und einzige Vertreterin einer internationalen Organisation in diesem vergessenen Winkel Ugandas hat sie dort alle Hände voll zu tun. Gemeinsam mit der Lokalregierung und den engagierten Mitarbeitern von PRAFORD beginnt sie Kontakte zu knüpfen und durch erste Sensibilisierungsworkshops ein Dialogforum für den Frieden zu schaffen.

Die Workshops richten sich nicht nur an die Zivilbevölkerung und deren religiöse und politische Führer, sondern auch an Vertreter der Armee und heimkehrende Ex-Rebellen, die nach der Amnestieerklärung der Regierung im Jahr 2000 keine Strafe mehr zu befürchten haben, wenn sie freiwillig die Waffen niederlegen. Keine offizielle Strafe zumindest, denn ob und wie die Gemeinden ihre ehemaligen Häscher aufnehmen werden, ist zu diesem Zeitpunkt noch ungewiss.

Eine wichtige Aufgabe von Barbara Winstel besteht deshalb darin, Ex-Rebellen, Armee und Gemeinden gleichermaßen für ein friedliches Miteinander vorzubereiten und mit allen Beteiligten gangbare Wege für die Zukunft zu erarbeiten. Ihre Trainings erreichen ein breites Publikum, und auch die

Bildung von Netzwerken macht sich bezahlt. Schnell sprechen sich die Aktivitäten der weißen Frau aus Yumbe herum – auch auf der anderen Seite der Grenze, im Sudan, wo sich noch immer 2000 bewaffnete UNRF-II-Rebellen im Busch versteckt halten.

Die erste Großversammlung, die Barbara Winstel und Joyce Ayikoru mit finanzieller Unterstützung der dänischen Hilfsorganisation Danish International Development Agency (DANIDA) organisieren können, wird ein voller Erfolg: Von Gemeindeältesten über religiöse Führer und Kommunalpolitiker bis hin zu Vertretern der Regierungsarmee sind hier alle wichtigen Gruppen der Gesellschaft präsent. Und das Beste: Auch die UNRF-II-Rebellen haben Vertrauen in die internationale Präsenz gefasst und eine Delegation geschickt. Zum ersten Mal überhaupt sprechen Vertreter von Armee und Rebellen damit von Angesicht zu Angesicht. „Die Bevölkerung wollte den Frieden“, sagt Barbara Winstel heute. „Die Bereitschaft zum Dialog war auf allen Seiten vorhanden, sowohl bei den Rebellen als auch bei der Armee. Was fehlte, war die Dialogform.“

Die Dialogform entwickelt dann in der Folgezeit eine eigentümliche Paralleldynamik: Zum einen finden jetzt in der ganzen Region Sensibilisierungsworkshops statt – große Versammlungen mit mehr als 300 Teilnehmern, darunter auch Vertreter von Armee und Rebellen. Zum anderen wird Barbara Winstel für beide Seiten aber auch immer mehr zur persönlichen Vertrauensfrau. So kommt es vor, dass Rebellenvertreter bei Nacht und Nebel an ihre Tür klopfen, um wichtige Nachrichten weiterzuleiten. Vieles verläuft halb-offiziell. „Nicht weil wir das wünschten, sondern einfach



deshalb, weil die Konfliktparteien den indirekten Dialog zunächst vorzogen“, so Winstel. Bei Gesprächen mit Vertretern der Regierungsarmee ist ihr Haus jedes Mal von schwer bewaffneten Soldaten umstellt. Ein bisschen mulmig ist ihr dabei schon, aber sie weiß auch, dass diese Gespräche ganz entscheidend sind, um den Kontakt zur jeweils anderen Seite aufrechtzuerhalten.

Und dann, im April, ist es soweit: 2000 Rebellen sind gekommen und alle, einschließlich ihres Anführers Ali Bamuze, bereit, die Waffen niederzulegen und über den Frieden zu verhandeln. Jetzt muss alles sehr schnell gehen: Barbara Winstel organisiert mit DANIDA die spontane Unterbringung der 2000 Rebellen in Bidibidi, einem nahe gelegenen ehemaligen Flüchtlingslager. Joyce Ayikoru verständigt die aus Yumbe stammende Ministerin, und diese überredet den gerade in der Nachbarstadt Arua weilenden Bruder des Präsidenten, am nächsten Tag an einer ersten improvisierten Versammlung teilzunehmen. Und tatsächlich finden sich tags darauf über 400 Menschen im „Friedensgarten“ von PRAFORD ein. Noch einmal bekunden alle Anwesenden ihren Friedenswillen. Zwischendurch gehen General Bamuze und Salim Saleh, der Präsidentenbruder, in Klausur. Es ist der Beginn des offiziellen Dialogs. Sechs Wochen später, im Juni, unterzeichnen Rebellen und Regierung das Waffenstillstandsabkommen. Dann, am Heiligabend 2002, wird bei einem großen Fest der Friedensvertrag unterzeichnet. Es ist ein sehr bewegender Moment für alle, auch und vor allem für Barbara Winstel und die Mitarbeiter von PRAFORD. Sie können immer noch nicht richtig glauben, was sie da geschafft haben.

## Neue Herausforderungen

Viel Zeit, sich über den Erfolg zu freuen, haben sie allerdings nicht. Denn mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags sehen sich Barbara Winstel und das Team von Joyce Ayikoru nun vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Schließlich können die Ex-Rebellen nicht ewig in Bidibidi bleiben und von der humanitären Hilfe des UN-Welternährungsprogramms United Nations World Food Programme (WFP) leben. Deshalb haben Winstel und die Mitarbeiter von PRAFORD einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der den Wiedereinstieg der ehemaligen Soldaten ins Gemeinschaftsleben erleichtern soll. Da die ehemaligen Täter ebenso darauf vorbereitet werden müssen wie die Opfer, führen Winstel und Ayikoru auch weiterhin Trainings und Workshops durch, die allen Beteiligten helfen sollen, mit der neuen Situation klarzukommen.

Außerdem kümmert sich Barbara Winstel um den Aufbau und die Schulung von mobilen „Mediationsteams“, die die Reintegration der Rebellen begleiten sollen. Sie kommen vor allem dann zum Einsatz, wenn sich nach der Rückkehr kleinere Konflikte ergeben. Und die gibt es durchaus. Oft geht es zum Beispiel darum, dass die Ehefrauen der Ex-Kombattanten, jahrelang sich selbst überlassen, andere Männer geheiratet haben und nun von den Heimkehrern zurückgefordert werden. Aber auch verlorenes Eigentum ist ein Thema. „Die Mediationsteams versuchen dann, die Wogen schnell und unspektakulär zu glätten, um den kostspieligen und langwierigen Umweg über Polizei oder Gerichte zu vermeiden“, so Winstel. Eine Methode, die sich bislang her-

vorrangend bewährt hat. Nicht zuletzt deshalb, weil die engagierten Friedensarchitekten von PRAFORD in Yumbe (und inzwischen über die Distriktgrenzen hinaus) ein sehr hohes Ansehen genießen und von allen Gruppen als offizielle Mittlerinstanz akzeptiert werden.

Vertrauen in die Arbeit von Barbara Winstel und das Team von PRAFORD ist noch aus einem anderen Grund sehr wichtig: Viele der Heimkehrer brauchen neben der praktischen vor allem auch psychologische Betreuung. Sie haben Schreckliches erlebt und Schreckliches getan. Sie haben geplündert, gemordet, vertrieben und verschleppt. Jetzt müssen sie lernen, mit ihrer Schuld zu leben, ihre Aggressionen zu kontrollieren und mit neuen Konflikten konstruktiv umzugehen. Viele sind schlicht von der Armut in die Arme der Rebellen getrieben worden. So wie Candiga Safi. Heute arbeitet er als Nachtportier in Yumbe Stadt. Damals aber war er arbeitslos und seine Familie war arm. 1999 kam jemand aus dem Sudan und versprach ihm Geld, Ausbildung und Essen. Von der Zeit danach hat der 26-Jährige heute immer noch Alpträume: „Viele Jungs kommen zu mir und fragen mich über meine Erfahrungen im Buschkrieg“, erzählt er. „Ich sage ihnen die Wahrheit und warne sie. Das Leben im Busch ist die Hölle.“

Besonders schwer, wenn nicht gar unmöglich, diese Hölle zu vergessen, ist es für die rund 200 Kindersoldaten, die mit den Rebellen aus dem Busch zurückgekehrt sind. Einige von ihnen – Jungen, damals im Alter zwischen 10 und 15 Jahren – sind, anders als Safi, nicht freiwillig gegangen, sondern von den Rebellen entführt oder auf der Straße aufgelesen worden. Einschüchterung und Missbrauch waren im Busch

keine Seltenheit; viele Kinder haben auch selbst getötet. Um die physischen und psychischen Wunden dieser Kinder und Jugendlichen heilen zu helfen, hat Barbara Winstel mit der Unterstützung von United Nations Children's Fund (UNICEF) und anderen lokalen Initiativen ein ganz spezielles Programm eingeleitet. So wird die permanente psychologische Betreuung zum Beispiel durch medizinische Versorgung und Aufklärung flankiert – vor allem HIV/AIDS ist in Yumbe ein großes Problem. Vielen heimgekehrten Kindern hat die Krankheit inzwischen ihre Familien genommen, einige sind selbst infiziert. Deshalb sind auch Ausbildung und Einkommen schaffende Projekte notwendig. So wie die neue Handwerksschule in Yumbe, wo sich Kindersoldaten und Ex-Kombattanten als Tischler und Maurer ausbilden lassen können. In der Werkstatt sirren die Kreissägen und klappern die Kellen: Die Schule ist ein voller Erfolg.

Keine Frage: Mit dem Friedensvertrag und dem erfolgreichen Wiedereingliederungsprozess der Ex-Rebellen und Kindersoldaten in Yumbe haben Barbara Winstel und die Mitarbeiter von PRAFORD Pionierarbeit geleistet. Ex-Rebellenführer Bamuze spricht beinahe bei jeder Gelegenheit von dem wichtigen Beitrag des „Civil Peace Service“ in Yumbe – eine Anerkennung, die Winstel und Ayikoru im Übrigen auch von bedeutenden Regierungsvertretern gezollt wird. Besonders seit der großen „Westnil-Entwicklungskonferenz“ vom Dezember 2005, die das Team zusammen mit Vertretern der Distriktregierungen und dem Verbindungsausschuss der Ex-Rebellen organisiert hat, steht der DED mit dem Instrument ZFD bei allen Beteiligten hoch im Kurs. Denn auf dieser Konferenz – in Uganda die erste ihrer Art – ist es ge-

lungen, ein solides Fundament für die künftige Entwicklung des Westnilgebiets zu schaffen.

Um den Weg der Region in eine bessere und friedlichere Zukunft zu sichern, wurden neue Programme ins Leben gerufen, die in den nächsten Jahren mit nationaler und internationaler Hilfe umgesetzt werden sollen – von Ausbildung und Einkommen schaffenden Maßnahmen bis hin zu langfristig angelegten Stadt- und Dorfentwicklungsprojekten. Ein Beweis dafür, dass das hohe Engagement von Barbara Winstel und Joyce Ayikoru in der kleinen Provinz Yumbe einen großen Stein ins Rollen gebracht hat. Und dass, wie man in Afrika sagt, „viele kleine Leute in vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, das Gesicht der Welt verändern können.“



## Kambodscha

**Keine Macht den Waffen!  
Der Wille, Werte zu wandeln**

Die Waffen sind zerstört, die Vergangenheit ist begraben, die Menschen leben miteinander in Frieden. Es ist ein schönes Motiv, eine optimistische Vision für die Zukunft eines Landes, in dem Waffen alltäglich geworden sind. In dem Konflikte nicht mit Worten, sondern mit Gewehren und Pistolen „gelöst“ werden. Noch 2002 gehören die so genannten „Kleinwaffen“ in Kambodscha zum Straßenbild: AK47- oder G3-Gewehre – man trägt sie offen über der Schulter.

Fast jeder Kambodschaner besitzt eine Schusswaffe – ganz gleich, ob er in der Hauptstadt als Geschäftsmann oder als Reisbauer auf dem Land arbeitet. Und man besitzt sie nicht nur, man benutzt sie auch, lässt das Schieß- zum Sprachrohr auch in „harmlosen“ Reibereien werden. Ob eifersüchtige Ehemänner, verfeindete Nachbarn oder streitende Parteien bei einem Verkehrsunfall – meist hat einer der Beteiligten ganz schnell den Finger am Abzug. Bewaffnete Raubüberfälle sind an der Tagesordnung, und wer in Phnom Penh ein Moped besitzt – Objekt kollektiver Begierde –, der lebt gefährlich. Ein gezielter Schuss in den Rücken, und das Moped wechselt den Besitzer. Alltag in Kambodscha. Alltag einer Gesellschaft, die durch die Hölle gegangen ist und sich dann ihre eigene schuf.

Dreißig Jahre lang haben die Kambodschaner viel zu viel Gewalt und Terror erlebt. Zuerst das Grauen, als die USA das Land mit einem Bombenteppich belegten, dann die Schreckensherrschaft des Pol-Pot-Regimes, dem zwischen 1975 und 1979 über eine Million Menschen zum Opfer fielen, darunter nahezu die gesamte Elite und Zehntausende Akademiker. Doch damit nicht genug. Es folgten die vietnamesische Besatzung bis 1989 und der Bürgerkrieg mit

den verbliebenen Guerillagruppen der Roten Khmer, für den die Regierung Bürgermilizen organisierte und schließlich auch Teile der Zivilbevölkerung rüstete – mit Kleinwaffen, versteht sich. Im Jahr 1998 endet der Bürgerkrieg, den Verbrechern wird Straffreiheit zugesichert. Die Waffen aber bleiben in den Händen der Kambodschaner. Und die sind nicht nur tief verunsichert von all der Gewalt und dem erfahrenen Leid, sondern müssen auch mit denjenigen zusammenleben, die damals ihre Angehörigen haben exekutieren lassen.

In einem Staat, in dem Korruption weit verbreitet ist und dessen Gerichte und Polizei keine Rechtssicherheit garantieren. So vertrauen die Kambodschaner fortan nur noch sich selbst und der geschulterten Kalaschnikow. Das Schießen und Morden geht weiter, zuhause, in den Familien, auf der Straße, in der Schule. An Gewalt kann man sich schnell gewöhnen. Sie den Menschen wieder abzugewöhnen, ist da weitaus schwieriger. Und doch ist genau dies das erklärte Ziel der seit 1998 bestehenden Working Group for Weapons Reduction (WGWR), einer Arbeitsgruppe zur Kleinwaffenreduzierung: die kambodschanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Konflikte auch ohne Gewehr, Pistole oder Handgranate ausgetragen werden können, und dass der explosive Gefährte weniger statt mehr Sicherheit garantiert. Ein ehrgeiziges Projekt, das ohne das nötige Handwerkszeug für Öffentlichkeitsarbeit und Friedenserziehung kaum zu bewerkstelligen ist. Beides kommt im Frühjahr 2002 vom Zivilen Friedensdienst des DED in Gestalt eines sehr motivierten Expertenduos: Marcos Smith und Gabriele Otterstetter. Für sie gibt es in Phnom Penh viel zu tun.

## Kleine Kampagne mit großer Wirkung

Während Gabriele Otterstetter beginnt, die Pressearbeit der WGWR zu unterstützen, sorgt Marcos Smith für die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit und für die Schulung seiner Kollegen in partizipativen Lehrmethoden. Gar nicht leicht, wie der Politologe bald feststellt, denn dem Team mangelt es in beiden Bereichen an Erfahrung. Und was nützt das schönste Plakat, wenn die Botschaft von den Zielgruppen nicht richtig verstanden wird? Was bringt der regelmäßig abgehaltene Workshop, wenn er frontal unterrichtet wird und die Teilnehmer überhaupt nicht mit einbezieht?

Gemeinsam mit dem Team erarbeitet Smith deshalb neue Konzepte für Öffentlichkeitsmaterial und entwirft frische Trainingspläne. Das tut er so engagiert, dass auch die einheimischen Kollegen bald eine gewisse Begeisterung für ihre Arbeit entwickeln – eine Begeisterung, die den Smith bei ihnen anfangs vermisst hat. „Die Mitarbeiter erweckten manchmal den Eindruck, als würden sie sich nur wenig mit ihrer Arbeit identifizieren“, sagt er. „Das hatte auch damit zu tun, dass Materialvorschläge zwar im Team erarbeitet wurden, der Direktor sich aber oft über diese hinweg- und seine eigenen Ideen durchsetzte, was jegliche vorhandene Eigeninitiative der Mitarbeiter erstickte.“ Das Problem kann Smith jedoch durch mehrere Gespräche mit dem Direktor lösen, sodass die Mitarbeiter ihre tief verwurzelte Autoritätsgläubigkeit langsam ablegen und mit mehr Spaß und Ehrgeiz bei der Sache sind.

Das ist auch notwendig, denn gerade hat die WGWR den Zuschlag für eine Kampagne zur „Friedenserziehung und

Entwaffnung“ erhalten, ein Projekt, das vom UN-Referat für Abrüstung, dem United Nations Department for Disarmament Affairs (UNDDA) und dem Hague Appeal for Peace (HAP) unterstützt wird. Es setzt dort an, wo am ehesten Potenzial für eine waffenlose Zukunft Kambodschas zu vermuten ist, nämlich bei den Schülern und Schülerinnen. In öffentlichen Schulen sollen Materialien gegen Kleinwaffenbesitz und -gebrauch verteilt, Events mit den Jugendlichen organisiert und Lehrer friedenspädagogisch geschult werden. Für das kleine Team – Smith arbeitet mit vier einheimischen Helfern und einer externen Beraterin – eine große Herausforderung, zumal das Projekt zeitgleich in zwei Provinzen umgesetzt werden soll. Mit viel Geduld und Überzeugungskunst gelingt es, die zuständigen Bildungsabteilungen der beiden Provinzen zur Genehmigung und Unterstützung der Aktion zu bewegen – sogar schriftlich. Ein wichtiger Schritt, denn der staatliche Segen ist für die erfolgreiche Durchführung des Projekts unabdingbar.

Jetzt können Marcos Smith und seine kambodschanischen Kollegen richtig loslegen: T-Shirts, Kappen und Poster werden entworfen, getestet und verteilt, erste Veranstaltungen mit Schülern koordiniert und verschiedene Workshops für Lehrer organisiert. Auch Seminare für die Mitarbeiter der Partnerorganisationen stehen auf dem Programm. Und schon bald zeigen die ganze Mühe und die vielen strapaziösen Fahrten über die buckeligen Provinzstraßen erste Wirkung: Die Kampagne kommt an – und zwar bei allen Beteiligten. Die entworfenen Aufkleber gegen Kleinwaffen werden mit Hilfe des Bildungsministeriums sogar landesweit verteilt, und durch Fernseh- und Radio-

spots können neben den Schülern und Lehrern auch andere Zielgruppen erreicht werden. Ein im Juni 2004 in mehreren Schulen veranstalteter Kunstwettbewerb wird von den Schülern begeistert umgesetzt und fördert ein buntes Allerlei von neuen Friedensmotiven und -visionen zutage – die kreativsten Köpfe dürfen sich über ein neues Fahrrad freuen.

Parallel dazu arbeitet Marcos Smith im Team der WGWR engagiert an einem Lehrplan zur Friedenserziehung. Das Handbuch ist zur Fortbildung vor allem von Lehrern des Faches „Staatsbürgerkunde und Moral“ gedacht, enthält Kapitel zu Themen wie „Fernsehen und Gewalt“, „Folgen des Kleinwaffengebrauchs“ oder „Visionen für den Frieden“ sowie wichtige Tipps zum Umgang mit Vorurteilen und Konflikten. In den Trainings wird es getestet und immer wieder verbessert. Dabei fällt auf, dass das Bildungsniveau der Lehrer sehr niedrig ist und sie nicht nur Schwierigkeiten, sondern auch Bedenken haben, die neuen Lehrinhalte und -methoden zu erlernen. „Friedenserziehung ist ein neues Thema in Kambodscha“, erklärt Smith. „Einige Lehrer befürchten, dass man mit den neuen Methoden die Schüler mit zu viel Selbstvertrauen ausstatten könnte. In der Lehrer-Schüler-Beziehung wird das als Herausforderung wahrgenommen.“ Trotzdem findet das Curriculum großen Anklang und erhält sogar noch den offiziellen „Ritterschlag“: Am Tag der Veröffentlichung ist nämlich neben dem deutschen und dem amerikanischen Botschafter auch der Bildungsminister Kambodschas zugegen, und der entpuppt sich als größter Fan des Werks – ein beachtlicher Erfolg. Schließlich braucht die WGWR im

Kampf gegen den Kleinwaffenmissbrauch jede staatliche Unterstützung, die sie kriegen kann.

## Lohnende Lobbyarbeit

Kontakte zur Regierung sowie Unterstützung in Lobbying, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit fallen derweil in den Aufgabenbereich von Gabriele Otterstetter. Während die Friedenskampagne auf Hochtouren läuft, unterstützt die Diplompädagogin die WGWR-Mitarbeiter beim Schreiben von Pressemitteilungen, beim Layouten von Image- und Informationsbroschüren und beim Aufbau einer Website, über die auch ein elektronischer Newsletter versendet wird. Ähnlich wie Marcos Smith muss sie das mit viel Geduld und Fingerspitzengefühl tun, denn die Erfahrung ihrer beiden einheimischen Kollegen im Schreiben von Presstexten hält sich in Grenzen. Üben, üben, üben, heißt es deshalb, und irgendwann haben alle den Dreh tatsächlich raus.

Durch die verbesserte Kommunikation nach außen können neue – auch internationale – Kontakte hergestellt werden. Regelmäßig finden Austauschtreffen mit anderen Organisationen statt, die die Kleinwaffen aus Kambodscha verbannen wollen, und schließlich kommt sogar eine Partnerschaft mit der Organisation Safer Africa aus Südafrika zustande. Schon bald ist der Bekanntheitsgrad der WGWR weit über den südostasiatischen Raum hinaus gewachsen, neue Büros werden gemietet und zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, die von Otterstetter begleitend beraten werden.

Ab 2004 dann nehmen vor allem „Monitoring & Advocacy“ ihre Zeit in Anspruch. Der Missbrauch von Klein-

waffen will dokumentiert und erforscht werden – eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die kambodschanische Regierung in Sachen Kleinwaffenkontrolle und -reduzierung mehr unternimmt. In akribischer Kleinarbeit erstellen Otterstetter und ihr Team deshalb eine Datenbank, die sie täglich mit neuesten Presseinformationen füttern und durch eigene Umfragen in der Bevölkerung ergänzen. „Die Datenbank war ein wichtiges Instrument, um objektive und nachvollziehbare Daten zum Kleinwaffenmissbrauch zu erhalten, weil es in Kambodscha keine solche Datenbank gab und die Zahlen vorher geschätzt wurden“, so Otterstetter.

Trotzdem gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Regierung zunächst ein wenig schwierig, und die für Otterstetters Arbeit geplanten zwei Jahre sind viel zu schnell vorbei. Deshalb schickt der DED flugs eine würdige Nachfolgerin: Sie heißt Sofia Hedlund, ist Expertin in internationaler Politik und hat zudem fundiertes Wissen in der Entwicklungszusammenarbeit im Gepäck. Hedlung führt fort, was ihre Vorgängerin begonnen hat. Sie hilft Workshops, Konferenzen und Kampagnen zum Austausch mit der Regierung, den Sicherheitskräften und anderen Nichtregierungsorganisationen zu koordinieren und führt mit dem Team verschiedene Forschungsarbeiten zur negativen Wirkung von Kleinwaffen durch. Daneben hat auch sie ein Auge auf die Qualität der Öffentlichkeitsarbeit.

Und der Einsatz lohnt sich: Durch die unermüdliche Lobbyarbeit und die Aufklärungskampagnen der WGWR werden die Folgen des Kleinwaffenmissbrauchs immer mehr zum öffentlichen Thema, und auch die Regierung ist inzwischen aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Sie hat ein neues

Kleinwaffengesetz verabschiedet und hilft nun offiziell, die vielen Gewehre, Pistolen und Granaten, die noch im Umlauf sind, einzusammeln und zu zerstören. In öffentlichen Zereemonien werden die Waffen zu Scheiterhaufen gestapelt und verbrannt. Es sind sehr bewegende Momente: Buddhistische Mönche in orangefarbenen Gewändern sprechen den Segen, viele Menschen weinen. Die Erinnerung an das erlebte Grauen, an tote Angehörige, an verlorene Jahre löst sich beim Anblick der Flammen. Das Feuer reinigt.

Dass man sich heute – zumindest tagsüber – gefahrlos auf den Straßen von Phnom Penh aufhalten kann, ist mit ein Verdienst der WGWR. Das hat auch die Nationale Kommission zur Kleinwaffenproblematik erkannt und der Organisation eine schriftliche Kooperationsbestätigung übermittelt, was in Kambodscha eher die Ausnahme ist. „Die offizielle Einbeziehung einer Nichtregierungsorganisation in Regierungsangelegenheiten ist in der Tat ungewöhnlich und zeugt von großer Anerkennung“, sagt Sofia Hedlund. Umso bedauerlicher ist es, dass die WGWR ihre Arbeit derzeit stark einschränken muss, bis neue Geldgeber gefunden sind. Trotzdem hat sich der Einsatz von Marcos Smith, Gabriele Otterstetter und Sofia Hedlund mehr als gelohnt.

Die geknüpften Netzwerke werden ihre eigene Dynamik entfalten, die vielen geschulten und sensibilisierten Akteure nunmehr aktiv am Fundament für eine friedlichere Zukunft Kambodschas mitbauen. Bleibt zu hoffen, dass auch die Regierung weiterhin ihrer Verantwortung nachkommt. Denn dann könnten die Werte sich langfristig wandeln, könnten Visionen realisiert, die Fehler der Vergangenheit aufgear-

beitet und die Unzulänglichkeiten der Gegenwart beseitigt werden.





## Guatemala

Mit Pinsel und Schaufel auf  
den Spuren der Vergangenheit

Auf der unbefestigten Straße, die zum kleinen Dorf Vi'q'um in den Bergen des guatemaltekischen Hochlands führt, rollt ein Geländewagen mit einer ungewöhnlichen Fracht: In Kartons liegen die skelettierten Überreste von zwei Frauen und vier Mädchen, die zu Beginn der achtziger Jahre dem Terror des Militärs zum Opfer fielen. Der Geländewagen kommt aus Guatemala Stadt, genauer: vom Labor des Centro de Análisis Forense y Ciencias Aplicadas (CAFCA), einem Zentrum für forensische Analyse und angewandte Wissenschaften. Dort haben die Mitarbeiter des CAFCA-Exhumierungsteams die Überreste der Opfer in mühsamer Kleinarbeit identifiziert. Jetzt sind sie mit den sorgfältig verstauten Gebeinen auf dem Weg zu den Angehörigen der Opfer, damit diese ihre vermissten Toten endlich angemessen begraben und betrauern können. Das letzte Stück des Weges zum Dorf werden die CAFCA-Mitarbeiter zu Fuß zurücklegen müssen, denn hier, in den entlegenen Winkeln des Quichés, gibt es keine Straßen. Mit beim Team ist auch Udo Krenzer, der die Arbeit vom CAFCA seit nunmehr vier Jahren unterstützt – zuerst im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes und seit 2005 über das Stammprogramm des DED finanziert. Zusammen mit den anderen Anthropologen wird er am nächsten Tag an der Messe für die heimgekehrten Toten teilnehmen und mit den Hinterbliebenen über die erlittenen Verluste sprechen.

Die Reise nach Vi'q'um ist nur eine von zahlreichen Expeditionen, die Udo Krenzer und sein Team unternehmen, um Ausgrabungen zu machen oder die identifizierten Überreste von Kriegsoffizieren in ihre Heimatdörfer zurückzubringen. Denn überall in Guatemala gibt es noch geheime Fried-

höfe und ungeöffnete anonyme Massengräber – traurige Bilanz eines 36 Jahre andauernden Bürgerkriegs zwischen Militär und Guerilla, bei dem rund 150 000 Menschen getötet wurden und mindestens 50 000 Menschen spurlos verschwanden. Viele Indígenas wurden von der Armee und den paramilitärischen Gruppen verschleppt, entführt oder zwangsumgesiedelt; einige konnten über die Grenze nach Mexiko fliehen.

Auch heute – zwanzig Jahre nach den schwersten Verbrechen und knapp zehn Jahre nach dem Friedensschluss – wissen viele der Hinterbliebenen nicht, was mit ihren Angehörigen passiert ist. Eine Ungewissheit, die es unmöglich macht, mit der Vergangenheit abzuschließen, zumal die Betroffenen oft Tür an Tür mit denjenigen leben müssen, die damals daran beteiligt waren, ihre Familienangehörigen zu töten oder verschwinden zu lassen. Die Gräueltaten der Täter bleiben ungesühnt; Folter und Völkermord werden lediglich auf dem Papier rechtlich verfolgt. Mit einer fatalen Folge: Das Wissen um die Strafflosigkeit der Täter und die fehlende funktionierende staatliche Justiz schaffen ein Gefühl des totalen Ausgeliefertseins und der Abwesenheit von Gerechtigkeit – reichlich Zündstoff für neue Konflikte und Aggressionen. Was Fälle von Lynchjustiz angeht, hält Guatemala weltweit eine Spitzenposition.

Für den Friedensprozess der guatemaltekischen Nachkriegsbevölkerung sind die Exhumierungen daher von großer Bedeutung. Denn neben der heilenden Wirkung für die Angehörigen haben sie vor allem auch eine wichtige Funktion bei der Vorbereitung von möglichen Gerichtsprozessen im Kampf gegen die Strafflosigkeit. Beide Aspekte stehen seit

1999 im Zentrum der Arbeit vom CAFCA. Um die Wahrheit über die vergangenen Verbrechen ans Licht bringen zu können, muss die Qualität der Exhumierungen allerdings internationalen wissenschaftlichen Standards entsprechen – denn je stichhaltiger die Beweise, desto größer ist die Chance, dass die Täter auch zur Rechenschaft gezogen werden. Genau hier setzt die Arbeit von Udo Krenzer an. Im April 2002 wurde der forensische Anthropologe nach Guatemala Stadt geschickt, wo er seitdem als Mitglied im CAFCA-Exhumierungsteam engagiert zur Professionalisierung und Vereinheitlichung der Exhumierungsarbeiten beiträgt. Ihm zur Seite stehen beim CAFCA noch vier weitere lokale Fachkräfte, die über den DED finanziert werden.

## Volles Programm

Praktisch umfasst der Alltag von Udo Krenzer ein breites Spektrum an unterschiedlichen Aufgaben, die zeitlich nicht immer einfach zu koordinieren sind. Zum einen ist da die Feldarbeit: Inspektionen und Exhumierungen werden terminlich von den öffentlichen Behörden bestimmt, sodass die Mitglieder des Exhumierungsteams jederzeit auf Abruf bereit stehen müssen. Oft ist Krenzer – ausgerüstet mit Schaufel und Pinsel – unterwegs auf steinigem Bergpfaden zu den abgelegenen Dörfern, die meist mehrere Stunden von der Hauptstadt entfernt liegen. Dort führt er und sein Team Ausgrabungsarbeiten durch oder spricht mit den Dorfbewohnern, um möglichst viele Informationen über die Vermissten zu erhalten und Vergleichsdaten zu sammeln. Meist haben sie einen Übersetzer dabei, denn die Einheimischen

in den ländlichen Gegenden Guatemalas sprechen fast ausschließlich Mayasprachen. Schon nach wenigen Einsätzen im Feld war Krenzer klar, wie wichtig die Arbeit vom CAFCA für die Angehörigen ist: „Viele der Hinterbliebenen reden zum ersten Mal über ihr Leid und ihre Erfahrungen“, sagt er. „Es ist ein schmerzhafter, aber auch heilender Prozess, denn sie können von dem sprechen, was lange Zeit aus Angst verdrängt werden musste.“ Nicht immer sind die Aussagen der „Zeugen“ deshalb präzise – oft verzerren die starken Emotionen die Wahrnehmung der Ereignisse. Obwohl das die Arbeit des Exhumierungsteams erschwert, haben die Anthropologen Verständnis. „Denn es zeigt uns auch immer wieder“, so Krenzer, „dass es hier um Menschen und um individuelle Schicksale geht.“ Für viele Hinterbliebene bietet die Gewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen und die würdige Bestattung der Toten endlich die Möglichkeit, Frieden mit der Vergangenheit zu schließen und um ihre Toten zu trauern.

Wenn Udo Krenzer nicht gerade in den Dörfern unterwegs ist, konzentriert er sich im Büro oder im Labor auf seinen Beitrag zur internen Qualitätssicherung des CAFCA. Inzwischen hat er ein Handbuch mit allen wichtigen Informationen zur Arbeit im Feld und im Labor verfasst, das nicht nur den Anthropologen bei CAFCA, sondern auch den anderen in Guatemala tätigen Exhumierungsteams und der Staatsanwaltschaft als Arbeitsgrundlage dient. Soweit es Zeitplan und Präsenz der Mitarbeiter vor Ort zulassen, führt er regelmäßig Workshops zu unterschiedlichen Spezialgebieten durch – von Methoden der Liegezeitbestimmung bis hin zur Bestimmung des Sterbealters von Kinderskeletten. Au-

ßerdem achtet er darauf, dass die Methoden der täglichen Laborarbeit, die Gutachten und die Untersuchungsbögen an internationale wissenschaftliche Standards angepasst werden. Natürlich muss er dazu auch selbst auf dem Laufenden bleiben. So nimmt er, wann immer sein Stundenplan es erlaubt, an wissenschaftlichen Kongressen und Workshops teil, wo er oft wertvolle Kontakte zu internationalen Experten knüpfen kann.

Auf nationaler Ebene unterstützt er den Austausch vom CAFCA mit den beiden anderen Organisationen, die in Guatemala gerichtsmedizinisch tätig sind: das Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala (ODHAG) und die Fundación de Antropología Forense de Guatemala (FAFG). Langfristiges Ziel dabei ist es, die Arbeitsmethoden und -prozesse des Menschenrechtsbüros der Erzdiözese Guatemala, der Stiftung Forensische Anthropologie Guatemalas und CAFCAS anzugleichen. Allerdings hat das Exhumierungsteam des ODHAG seine Aktivitäten aufgrund mangelnder Ressourcen zwischenzeitlich einstellen müssen. Umso wichtiger ist es, dass CAFCA seine Arbeit fortführen kann. Denn die Kontakte zur FAFG sind bereits etabliert, auch wenn sich die Zusammenarbeit mit der Stiftung bislang noch schwierig gestaltet, weil diese unabhängig agiert und eigene Interessen verfolgt.

### **Mit Vorsicht und Beständigkeit**

Überhaupt ist die Arbeit von Krenzer und seinem Team nicht immer einfach. Denn wer in Guatemala an der Vergangenheit rührt, lebt gefährlich. Die Arbeit vom CAFCA trifft

diejenigen, die an der Aufklärung der Kriegsverbrechen am wenigsten interessiert sind – nämlich diejenigen, die sie begangen haben. Die Regierung unter Präsident Oskar Berger zeigt sich zwar kooperationsbereit, doch sind die paramilitärischen Kräfte aus der Vergangenheit immer noch gut organisiert präsent. Nur selten kommt es nach einer Anzeige zum Prozess; Drohungen und Einschüchterungsaktionen sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Die politisch motivierte Gewalt erreichte ihren Höhepunkt im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2003, als die Kandidatur des Ex-Diktators Rios Montt, unter dessen Herrschaft Anfang der achtziger Jahre die schlimmsten Verbrechen begangen wurden, ehemalige Paramilitärs zu offenen Krawallen und selektiven Morden – auch an Menschenrechtsaktivisten – ermutigte. „Im Zuge des Wahlkampfs haben wir die Exhumierungsarbeiten eingestellt; es war einfach zu gefährlich“, erinnert sich Krenzer. „Inzwischen hat sich die Lage zwar beruhigt, aber die Anhänger Montts sind weiterhin im Parlament und vor allem auch auf kommunaler Ebene vertreten – insbesondere in den Regionen, in denen CAFCA Exhumierungen vornimmt. Es ist also auch weiterhin Vorsicht geboten.“

Trotz der schwierigen Umstände haben Krenzer und sein Team in den vier Jahren ihrer Zusammenarbeit einiges auf die Beine gestellt. Rund 70 Prozent der untersuchten Opfer konnten identifiziert werden – dank der Mitarbeiterschulungen und der qualitativen Verbesserung der Arbeitsmethoden. Eine Datenbank ist erstellt und wird kontinuierlich erweitert. Die CAFCA-Sachverständigengutachten werden bei Gericht offiziell als Beweismittel anerkannt, und wenngleich

eine effektive Strafverfolgung der Täter bislang ausgeblieben ist, so gibt es doch Hoffnung, dass die jetzige Regierung die Durchführung von Prozessen unterstützt. Infolge der hohen wissenschaftlichen Standards, mit denen das Zentrum inzwischen arbeitet, ist außerdem eine Kooperation mit der San-Carlos-Universität zustande gekommen. Dort gestaltet Krenzer zusammen mit einer weiteren Mitarbeiterin in einem Spezialisierungskurs das Modul zur forensischen Anthropologie – ein großer Schritt, weil Guatemala hier noch über keinen universitären Ausbildungszweig verfügt. Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit wurde das Projekt im März 2005 in das Stammprogramm des DED übernommen und um zwei weitere Jahre verlängert. Zwei Jahre, in denen Udo Krenzer und die forensischen Anthropologen vom CAFCA erneut ein volles Programm haben: Es gilt, das nationale und internationale Netzwerk zu erweitern und die Arbeit der Organisation mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Schon jetzt ist eine Webseite installiert, die nach und nach mit Informationen gefüttert wird ([www.caf-caguatemala.org](http://www.caf-caguatemala.org)).

Die Bedeutung der Arbeit vom CAFCA ist für den Friedensprozess in Guatemala kaum zu unterschätzen. Ihr Einfluss auf die strafrechtliche Ermittlungsarbeit vergrößert sich beständig und leistet einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Aussöhnung des Landes mit seiner Vergangenheit. Und dass das Zentrum dabei internationale Unterstützung erhält, hat neben der Professionalisierung der Arbeitsmethoden noch einen anderen sehr wichtigen Effekt. Es vermittelt den Betroffenen das Gefühl: Die Welt blickt auf uns. Denn es ist auch die Präsenz von Menschen wie Udo Krenzer, die

den Hinterbliebenen das Gefühl gibt, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Das Gefühl, dass sie jetzt, da sie wissen, wo die Angehörigen begraben sind, wieder nach vorn blicken, Vertrauen schöpfen und an einer gerechteren Zukunft mitwirken können. So wie die Hinterbliebenen der zwei Frauen und vier Mädchen aus Vi'q'um, jenem kleinen Dorf in den Bergen des guatemaltekischen Hochlands.



## Palästina

Als Grenzgänger zwischen  
den Welten

Bethlehem, 2003. Die Einwohner der Stadt wollen nichts mehr sehen, nichts hören, nichts wissen. Auf die Frage „Wie geht’s?“ kommt nicht selten die Antwort „Sai il Ama“ – „wie Blindheit“. Denn wenn über Bethlehem die Dämmerung in den Morgen kriecht, dann erhebt sich am Horizont die bedrohliche Silhouette der israelischen Sperranlage – Stein gewordenes Dokument des inzwischen Jahrzehnte andauernden Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern. Zoll um Zoll blockiert die über acht Meter hohe Mauer die Hauptstraße, die ins Herz der Stadt führt. Und noch bevor der Tag beginnt, fängt sie an, ihre Schatten zu werfen, Schatten der Aggression, der Gewalt, des Misstrauens.

Ein gewisses Misstrauen ist immer da, obwohl die Einwohner Bethlehems sehr gastfreundliche Menschen sind und Fremde stets mit Neugier und Herzlichkeit willkommen heißen. Der blonde Europäer etwa, der heute zum wiederholten Mal in Mahmouds Gemüseladen kommt, sieht nett aus, vielleicht ist er aber auch ein Spitzel. „Bist du ein Verräter oder stehst du auf unserer Seite?“, will Mahmoud deshalb von ihm wissen. Eine Frage, die der blonde Europäer in den nächsten zwei Jahren noch ziemlich oft hören wird. Er heißt Matthias Wittrock, ist Politologe und Islamwissenschaftler und hat soeben sein Quartier in Bethlehem bezogen. Im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes soll er hier bis 2005 für das Center for Conflict Resolution and Reconciliation (CCRR), einem Zentrum für Konfliktbewältigung und Versöhnung, arbeiten. Keine einfache Aufgabe, wenn man bedenkt, dass Israel und die Palästinenser von einer „Versöhnung“ immer noch weit entfernt sind.

## Das Leben im Schatten der Mauer

Hier in Bethlehem bestimmt der Konflikt mit Israel den Alltag. Seit dem Ende der zweiten Intifada und dem Bau der Mauer ist er spürbarer denn je. Denn die Mauer, die Israel vor palästinensischen Terrorangriffen schützen soll, trennt nicht nur Israelis und Palästinenser, sondern auch Palästinenser von Palästinensern, Bauern von ihren Feldern, Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen und Schüler von ihren Schulen. Wer Arbeit hat, kann sich glücklich schätzen. Und ist dabei trotzdem ständiger Unsicherheit ausgesetzt. Wachtürme und Eisentore kontrollieren und bestimmen das Tempo der Pendler. Am Checkpoint laufen schwer bewaffnete israelische Soldatentrupps nervös hin und her und überprüfen jeden, der ein- oder ausreisen will. Ein Schild warnt in englischer, hebräischer und arabischer Sprache vor „tödlicher Gefahr“. Der Weg zur Arbeit von zehn Minuten kann Stunden dauern oder gar komplett abgeriegelt sein. Sporadisch ist in der Stadt das entfernte Knallen von Schüssen zu hören.

Die permanente Anspannung und das Gefühl, dem „Feind“ ausgeliefert zu sein, nagen am Selbstwertgefühl und schlagen um in Wut, Extremismus und Gewalt. Gewalt nicht nur gegen den politischen Gegner, sondern auch untereinander, gegen die eigenen Familien, auf der Straße, unter Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern. Gewalt gehört in Palästina zum Alltag. Sie ist ein Ventil für die kollektive Frustration. Über die israelische Besatzung und darüber, dass das eigene System keinen Schutz bietet, nicht hilft, nicht funktioniert. Dass in dieser so verfahrenen Situation psychische Barrieren überwunden und Prozesse der Versöh-

nung zwischen den beiden Völkern in Gang gesetzt werden können, erscheint nahezu unmöglich. Und doch gibt es in Palästina Menschen, denen das gelingt. Die in mühevoller Kleinarbeit und mit viel Feingefühl die Gewaltbereitschaft im Land bekämpfen und Palästinenser und Israelis tatsächlich an einen Tisch bringen. So wie Matthias Wittrock im Team vom CCRR.

## Der Weg der kleinen Schritte

Wer zwischen Palästinensern und Israelis Vertrauen aufbauen will, kann das nur in kleinen Schritten tun. Die Arbeit des CCRR konzentriert sich deshalb darauf, die Entwicklung friedlicher Beziehungen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zu fördern. Denn den Palästinensern zu vermitteln, dass Konflikte nicht notwendig mit Gewalt gelöst werden müssen, ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Dialogbereitschaft steigt – untereinander, aber auch im Kontakt mit den Israelis. Um die Grundlagen für ein friedliches Miteinander zu schaffen, führen die lokalen CCRR-Trainer an verschiedenen privaten und öffentlichen Schulen für Lehrer, Jugendliche, Eltern und Erzieher Workshops durch, die helfen sollen, mit der alltäglich erfahrenen Gewalt besser umzugehen. Konflikte nicht mit Fäusten oder Waffen, sondern mit Worten zu lösen. Auf dem Lehrplan stehen professionelle Verhandlungsstrategien, Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und allerlei friedenspädagogisches Handwerkszeug. Das Interesse am Lehrplan ist groß, und die Resonanzen auf die Schulungen sind gut. Grund genug, die Arbeit des CCRR-Teams zu verbessern, ihre Wirkung nach-



haltiger zu gestalten und neue – und zwar auch grenzübergreifende – Programme zu entwickeln. Von 2003 bis 2005 waren genau das die Aufgaben von Matthias Wittrock.

Seine Arbeit beim CCRR beginnt Matthias Wittrock im Frühjahr 2003 kurz nach der Hochphase der zweiten Intifada. Intensiv arbeitet er zusammen mit seinen neuen Kollegen an neuem Trainingsmaterial, kümmert sich um die Fortbildung der freiberuflichen Trainer und hat stets ein Auge auf die Evaluierung und Verbesserung der Arbeitsabläufe und Workshops. Eine wichtige Aufgabe des Teams besteht darin, Instrumente zu entwickeln, mit denen sich Wirkung und Erfolg der Maßnahmen zuverlässig messen lassen. Wie werden die Trainings von den Kursteilnehmern beurteilt, und wie sehen die Verhältnisse an den palästinensischen Bildungsinstitutionen überhaupt aus? Um das herauszufinden, hilft Wittrock, Fragebögen und Feedbackformulare zu entwerfen und an die Schulen zu versenden. Eine Aktion, die an den Schulen gut ankommt, gleichzeitig aber auch ein verstimmtes Bildungsministerium auf den Plan ruft. „Das Ministerium hatte die Aktion zunächst als diskreditierende Evaluierung der eigenen Arbeit missverstanden“, sagt Wittrock. „In weiteren Gesprächen gelang es dem CCRR aber, die konstruktive Intention der Fragebögen darzustellen, so dass das Missverständnis ziemlich schnell aus der Welt geräumt werden konnte.“ Inzwischen ist das Bildungsministerium in die Arbeit des CCRR eingebunden – ein weiterer kleiner Erfolg gegen Gewalt und Aggression. Trotzdem muss das CCRR-Team bei seiner Arbeit vorsichtig sein, insbesondere dann, wenn CCRR-Projekte zusammen mit israelischen Organisationen verwirklicht werden. Denn dass die Organi-

sation trotz der fortbestehenden israelischen Besatzung Beziehungen zu Israel pflegt, dafür hat bei weitem nicht jeder in Bethlehem Verständnis.

Gerade im Dialog mit der israelischen Seite spielt Wittrock eine wichtige Rolle, schon alleine deshalb, weil er als westlicher Europäer (meist) den Checkpoint passieren darf und so als Grenzgänger zwischen den beiden Seiten fungieren kann. Kein leichtes Unterfangen: Auch er wird mitunter zurückgewiesen, muss sogar einmal, im Regen stehend, Jacke und Pullover ausziehen und das Hemd hochkrepeln. Da ist es nicht immer einfach, die „professionelle Distanz“ zu wahren.

Wie die meisten Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten erlebt auch Matthias Wittrock die Israelis hauptsächlich als Militärs und Polizisten. Die nächtlichen Hausdurchsuchungen, das laute Heulen der israelischen Jeepmotoren und das Knattern der Hubschrauber in den frühen Morgenstunden legen auch seine Nerven blank. Und dann ist da noch der „allgemeine Knastkoller“, wie er jenes beklemmende Gefühl beschreibt, das einen beim Anblick der die Stadt erwürgenden Sperranlage beschleicht. „In dieser Situation mit den einzelnen Menschen solidarisch zu sein und dabei zwischen den Lagern zu stehen, ist alles andere als leicht“, sagt er. „Es ist ungemein wichtig, die eigene Rolle im Konflikt immer wieder kritisch zu reflektieren, sonst läuft man Gefahr, sich mit einer Seite zu identifizieren. Für das Projekt wäre das fatal.“ Hilfreich bei der kritischen Reflexion ist für Wittrock vor allem der Austausch mit den anderen Friedensfachkräften vor Ort. Denn jeder, der im Schatten der Mauer Friedensarbeit leistet, sieht sich irgendwann mit

ähnlichen Problemen konfrontiert. In Bethlehem gibt es eben keinen Feierabend vom Konflikt.

## In kleinen Schritten zum Erfolg

Und trotzdem: Bei allem, was der Konflikt täglich in Frage stellt, haben Matthias Wittrock und die Mitarbeiter vom CCRR in den zwei Jahren der Zusammenarbeit Beachtliches geleistet. Inzwischen verfügt das CCRR über ein periodisch erscheinendes Magazin, den „Tree of Hope“, und auch an einer eigenen Homepage wird gearbeitet. Durch die Evaluierung der Trainings und die Optimierung der Projektplanung konnten wichtige neue Programme initiiert und mit EU-Unterstützung umgesetzt werden. So ist es zum Beispiel im Rahmen des „Young Politicians Project“ gelungen, an fast allen palästinensischen Universitäten Vertreter zum Teil miteinander verfeindeter Gruppen an einen Tisch zu bringen. Im Vorfeld der Wahlen wurde über demokratische Werte und parlamentarische Spielregeln diskutiert, die als echte Chance zum politischen Parteienstreit begriffen wurden.

Das Programm leistete damit einen wichtigen Beitrag zur friedlichen Politisierung der oft frustrierten und entmutigten Jugendlichen. Darüber hinaus konnten Wittrock und das CCRR-Team aber auch grenzübergreifende Programme einleiten: So startete das CCRR zusammen mit der „School of Peace“ des israelisch-palästinensischen Friedensdorfes Neve Shalom/Wahat al-Salam das derzeit größte Begegnungsprojekt zwischen palästinensischen und israelischen Journalisten. Regelmäßig kommen Medienvertreter beider Seiten zusammen und diskutieren in moderierten Treffen darüber,

warum es sinnvoll ist, mehr über den Frieden und weniger über den Krieg zu schreiben. Ein großer Erfolg auch deshalb, weil sich Israelis und Palästinenser hier als zivile Menschen begegnen und verstehen lernen, dass auf der jeweils „anderen Seite“ nicht nur Uniformträger sondern ebenso Menschen mit Alltagsorgen leben.

Die Projekte des CCRR sind kleine, aber wichtige Schritte im Prozess der gegenseitigen israelisch-palästinensischen Annäherung und sie bleiben nicht ohne Wirkung. Inzwischen bekunden sogar einige Fatah-Gruppen zunehmendes Interesse am gewaltfreien Widerstand. Noch ist das CCRR allerdings – schon aufgrund der hohen Personalfuktuation – auf personelle Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Seit Oktober 2005 ist deshalb eine neue Friedensfachkraft vor Ort. Sie heißt Carola Becker und wird das, was Matthias Wittrock begonnen hat, in den nächsten zwei Jahren fortführen. Eine anspruchsvolle Aufgabe. Projektmanagement, Programmentwicklung, Evaluierung und Öffentlichkeitsarbeit wird sie bewältigen müssen und gleichzeitig stets als Grenzgängerin wahrgenommen werden. Wie Matthias Wittrock wird auch sie dabei manchmal am eigenen Konzept der Allparteilichkeit zweifeln. Und gemeinsam mit den CCRR-Mitarbeitern trotzdem versuchen, demokratische und friedensfördernde Werte zu vermitteln.

Mit jedem Tag, an dem über Bethlehem die Sonne aufgeht, werden die Schatten der Mauer auch ein kleines bisschen kürzer. Fast unmerklich zwar, aber doch beständig. Weil hier, wo die Politik versagt, die Menschen den Friedensprozess selbst in die Hand nehmen. Weil es in Israel und Palästina nicht nur Gewalt und Extremismus gibt, sondern

auch Menschen, die sich nicht vom Hass anstecken lassen. Menschen, die trotz ständiger Rückschläge nach friedlichen, gewaltfreien und gerechten Lösungen suchen. Und die keine Mauern bauen wollen, sondern Brücken.



## Ruanda

Vorhang auf! Die Kinder- und Jugendarbeit in Butare

Bihembe, ein ärmliches Dorf in der Provinz Butare. Neugierig versucht das kleine Mädchen auf dem Fenstersims einen Blick auf das zu erhaschen, was da im abgedunkelten Saal des örtlichen Gemeindezentrums passiert. Viel kann es durch den engen Spalt zwischen den geschlossenen Fensterläden nicht sehen; mehr als hundert Köpfe versperren die Sicht auf die Wand am Ende des Raums. Die Wand, auf der die Bilder laufen und sprechen können.

Wie viele hier in den ländlichen Gebieten Ruandas hat auch die heimliche kleine Zuschauerin noch nie einen Film gesehen. Umso faszinierter beobachtet sie, wie die bewegten Bilder im Halbdunkel des überfüllten Raums eine Geschichte erzählen. Es ist die Geschichte von einem behinderten Straßenmädchen, das trotz aller Widrigkeiten des täglichen Lebens seinen Mut nicht verliert und sich für seine Freunde und Mitmenschen einsetzt. Dann ist die Geschichte vorbei, und drinnen im Raum beginnen die Menschen zu diskutieren – erst zögerlich, dann immer lebhafter. Leider kann das kleine Mädchen von seinem unbequemen Platz aus nicht verstehen, was gesprochen wird. Nachdenklich rutscht es vom Fenstersims. Es denkt an die behinderte Heldin in der Geschichte. Und schöpft neue Zuversicht.

Zuversicht ist das, was die Kinder und Jugendlichen in Ruanda dringend brauchen. Zuversicht, die ihnen hilft, mit den schlimmen Erinnerungen zu leben. Daran, wie Eltern getötet, Angehörige misshandelt oder Freunde vergewaltigt wurden – damals, im Jahr 1994, als das Unvorstellbare passierte. Als Nachbarn, die vorher freundlich begrüßt hatten, plötzlich kamen, um zu töten. Als sich innerhalb von nur hundert Tagen der Hass der Hutu-Milizen und Helfershelfer

gegenüber den Tutsi und den oppositionellen Angehörigen der eigenen Volksgruppe entlud. Mehr als 800 000 Menschen kostete der Völkermord in Ruanda das Leben. 120 000 Kinder wurden bei der Massenflucht von ihren Eltern getrennt, unzählige wurden zu Waisen. Die meisten von ihnen sind bis heute auf sich allein gestellt. Sie leben mit der Vergangenheit und mit der Angst, die wie ein Gespenst allgegenwärtig ist. Und hoffen trotzdem auf eine friedliche Zukunft.

Vier Millionen Menschen gaben 2003 bei den ersten freien Wahlen nach dem Ende der belgischen Kolonialherrschaft ihre Stimme ab. Für eine Regierung, die entschieden hat, dass es nur Ruander gibt und keine Ethnien. Ob die blutige Spur des Bruderkrieges zwischen Hutu und Tutsi damit tatsächlich ihr Ende findet, bleibt ungewiss. Sicher aber ist, dass die Kinder und Jugendlichen im „Land der tausend Hügel“ heute auf ein friedliches Zusammensein hinarbeiten können. Denn durch die Hilfe einiger sehr engagierter Menschen erhalten sie die Möglichkeit, Versöhnung und Toleranz zu erlernen, ihr Leben neu zu gestalten und sich in die demokratische Debatte einzubringen. In Butare, der südlichsten Provinz nahe der Grenze zu Burundi (heute Südprovinz), ist einer dieser Fachkräfte der Erziehungswissenschaftler Timo Weinacht. Im Mai 2004 wurde er im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes nach Butare Stadt geschickt und hat seitdem zusammen mit den lokalen Initiativen und Behörden einige ziemlich spektakuläre Projekte auf die Beine gestellt. So wie das Kinoprojekt Cinéma Éducation (CINEDUC), das nicht nur den heimlichen kleinen Zaungast aus Bihembe fasziniert hat, sondern inzwischen so erfolgreich ist, dass es künftig auch auf weitere Provinzen ausgedehnt werden soll.

## Was Leidenschaft bewegen kann

„Kino als Werte vermittelndes Kommunikationsmedium kann einiges bewirken – auch und vor allem in der Friedenserziehung.“ Davon ist Timo Weinacht überzeugt. Und der Erfolg scheint ihm Recht zu geben, denn die „Kino-Workshops“, die er mit seinem Team durchführt, sind sowohl in Butare Stadt als auch in den dörflichen Gegenden der Südprovinz jedes Mal bis zum letzten Platz gefüllt. Vor allem Spielfilme, die neben Menschenrechten Themen wie Toleranz, ethnische Konflikte oder Frauendiskriminierung behandeln, werden hier gemeinsam mit den Teilnehmern diskutiert. Eine fortschrittliche Lehrmethode, die nicht nur die moralische Urteilskraft der Teilnehmer stärkt, sondern auch ihren historischen und kulturellen Horizont erweitern soll.

Da viele der Jugendlichen nur die Lokalsprache Kinyarwanda sprechen, helfen einheimische Animatoren, die von Weinacht medienpädagogisch geschult worden sind. Sie übersetzen wichtige Passagen direkt per Mikrofon und übernehmen auch die Moderation der anschließenden Diskussionen. Manchmal werden die Teilnehmer dazu eingeladen, den Film nachzuspielen oder eine Fortsetzung zu erfinden, die dann den Charakter eines kleinen Theaterstücks hat und nicht selten zur allgemeinen Erheiterung beiträgt. In den Diskussionen werden oft Parallelen zur eigenen Situation hergestellt und praktische Schlussfolgerungen für das eigene Handeln gezogen.

So hätte die heimliche kleine Zuschauerin aus Bihembe wahrscheinlich nicht schlecht gestaunt, wenn sie hätte hören können, was an jenem Tag nach der Vorführung des senega-

lesischen Films „La petite vendeuse de soleil“ im Gemeindeforum ihres Dorfes noch besprochen wurde. Die Geschichte des kleinen Mädchens mit den Krücken, das in den Straßen Dakars Zeitungen verkauft und trotz seiner Armut mutig und solidarisch mit seinen Freunden handelt, ließ nämlich unter den Dorfbewohnern eine sehr lebhaft Diskussionsrunde entstehen. Mit dem Resultat, dass die Teilnehmer des Workshops beschlossen, eine Elternassoziation zu gründen und in Bihembe gemeinschaftlich eine Grundschule aufzubauen. Und tatsächlich ist die Schule inzwischen fertig gestellt.

Für Timo Weinacht und seine Helfer ist die Organisation von CINEDUC sehr arbeitsintensiv. Die Fahrten zu den verschiedenen Dörfern in Butare nehmen viel Zeit in Anspruch und auch die mobile Kinoausrüstung – DVD-Player, Projektor und Generator – will gut gepflegt sein. Wenn der Generator kaputt ist, muss die Vorstellung ausfallen, denn in den ländlichen Gegenden gibt es keinen Strom. Auch in Butare Stadt ist es mit der Elektrizität nicht so weit her: „Strom gibt es nur einige Stunden, meist in der Nacht“, erklärt Weinacht. „Das ist aber nicht so schlimm. Unangenehmer ist es da schon, wenn man tagelang kein Wasser hat, was auch häufiger vorkommt.“ Beirren lässt sich Timo Weinacht dadurch in seinem Einsatz nicht. Sein täglicher Stundenplan ist randvoll, denn außer CINEDUC wollen auch eine ganze Reihe anderer Projekte weiterentwickelt werden. Neben den regelmäßigen Schulungen von ruandischen Lehrern, Erziehern und Menschenrechtsaktivisten, die durch die Sanierung des pädagogischen Ausbildungszentrums in Butare Stadt nunmehr regelmäßig stattfinden können, steht auch Sozial- und Gemeindeforum auf dem Plan. So betreut Weinacht

zusammen mit den Mitarbeitern vom lokalen Netzwerk der Straßenkinderzentren Réseau d'Information et Formation en Faveur des Enfants de la Rue (RIFFER) zum Beispiel Selbsthilfeinitiativen von Frauen, die Ausbildungsangebote, wie etwa als Näherinnen oder Korbflechterinnen wahrnehmen können, um sich dadurch eine neue Existenzgrundlage zu schaffen. Daneben ist vor allem auch die Reintegration von Straßenkindern ein wichtiges Thema. Denn Straßenkinder, Waisen und Kinder ohne Schul- und Ausbildung gibt es in Ruanda viele – infolge des Genozids, der extremen Armut und einer weiteren Tragödie: HIV/AIDS.

Mit viel Geduld haben Weinacht und die Mitarbeiter von RIFFER unter den Kindern in Butare deshalb eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse anschließend auf einem Informationstag präsentiert und in der Presse veröffentlicht wurden. „Das Interesse der politischen Kräfte und der entwicklungsbezogenen Akteure an der Verbesserung der Lage von Kindern in Problemsituationen war allerdings zuerst nicht besonders groß“, sagt Weinacht. Für ihn und die anderen Sozialarbeiter vor Ort aber noch lange kein Grund aufzugeben. Vielmehr riefen sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kurzerhand das Projekt AMAHOROMOBIL ins Leben („Amahoro“ ist das kinyarwandesische Wort für „Frieden“). Einmal in der Woche fahren Weinacht und sein Team in die Gegend an der Grenze zu Burundi und unterstützen die Kinder und Jugendlichen in der Gründung von Selbsthilfeorganisationen. Um einen ersten Kontakt aufzubauen, bieten sie spannende Aktivitäten wie partizipatives Theater und „Street-Football“ an. Fußball wird grundsätzlich mit gemischten Mannschaften gespielt, und nur die Mäd-

chen dürfen die Tore schießen – schließlich sollen alle Spaß haben, was voraussetzt, dass auch wirklich alle ins Spiel einbezogen werden.

Nach und nach baut sich so das Vertrauen auf, das notwendig ist, um mit den Kindern und Jugendlichen über ihre Bedürfnisse, Probleme und Konflikte zu reden und gemeinsam mit ihnen über mögliche Lösungsansätze nachzudenken. Außerdem wird versucht, Jugendliche und allein erziehende Mütter in Arbeitsgemeinschaften zu organisieren und Bildungsangebote zu schaffen, die verhindern, dass die Kinder nach Butare Stadt abwandern und dort zu Straßenkindern werden. Und inzwischen haben sich der ganze Einsatz, die viele Hin- und Herfahreerei und die beständige Lobbyarbeit auch ausgezahlt: Seit November 2005 haben die beiden großen Projekte CINEDUC und AMAHOROMOBIL nämlich einen zusätzlichen Sponsor: UNICEF.

### **Networking, Networking, Networking**

Dass Timo Weinacht in knapp eineinhalb Jahren so viel hat bewegen können, hat er neben dem eigenen auch dem Engagement seiner Vorgängerin zu verdanken. Denn ohne die Netzworkebildung von Mechthild Hommes wäre die Realisierung von Projekten wie CINEDUC oder AMAHOROMOBIL kaum so schnell möglich gewesen. Unermüdlich knüpfte die Sozialarbeiterin von 2002 bis 2004 Kontakte zu den vielen unterschiedlichen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die in Butare in der Jugendarbeit tätig sind.

Eine sehr schwierige Aufgabe, weil die bestehenden Jugend- und Ausbildungszentren und die Friedensorganisa-

tionen oft nebeneinander her arbeiteten oder gar miteinander konkurrierten. Hinzu kam, dass der ursprüngliche Projektträger, der Ruandische Nationale Jugendrat, in Butare so gut wie gar nicht in Erscheinung trat und deshalb eine Kooperation mit dem Ministerium für Jugend, Sport und Kultur eingestellt werden musste. All das hat Mechthild Hommes erfolgreich gemeistert, obwohl sie damit gleichsam „heimatlos“, also nicht in Zusammenarbeit mit einer einheitlichen Nichtregierungsorganisation, sondern eigenständig und doch in Absprache mit der Administration agieren musste. Das schreckte sie allerdings ebenso wenig wie die Tatsache, dass das Interesse einiger Organisationen an einer Zusammenarbeit abflaute, sobald sich herausstellte, dass keine zusätzliche finanzielle Unterstützung von ihr zu erwarten war. So ist es dem koordinatorischen Einsatz von Mechthild Hommes zum Beispiel zu verdanken, dass das Netzwerk der Straßenkinderzentren (später RIFFER) konsolidiert und durch die Schulung der Mitarbeiter in partizipativen Lehrmethoden professionalisiert werden konnte. „Methoden, die selbstständiges Denken, Handeln und die Eigeninitiative der Schüler fördern, sind Lehrern und Pädagogen in Ruanda noch fremd“, sagt Hommes. „Sie sind an autoritäre Lehrmethoden gewöhnt, die für die Jugendlichen alles andere als spannend sind.“ Mit der Administration wurde zur Fortbildung dieser Gruppen deshalb die Instandsetzung des pädagogischen Ausbildungszentrums anvisiert, die heute abgeschlossen ist. Und schließlich konnte Hommes zusammen mit der Commission Rwandese de Droits de l'Homme (CRDH), der ruandischen Menschenrechtskommission, das Projekt „Friedensziehung in der Provinz Butare“ umsetzen

– ein Projekt, das Schüler und Lehrer von Sekundarschulen in der Gründung und Organisation von Menschenrechtsclubs begleitete.

Die erfolgreiche Arbeit von Mechthild Hommes und Timo Weinacht darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass neben dem fortwährend schwelenden ethnischen Konflikt und AIDS vor allem auch die drückende Armut der Kinder und Jugendlichen in Ruanda ein großes Problem ist. „Über Versöhnung, Frieden und Menschenrechte zu reden fällt schwer“, sagt Weinacht, „wenn nicht einmal die nötigsten Grundbedürfnisse gedeckt werden können.“ Umso erstaunlicher ist das große Interesse, das die Kinder und Jugendlichen den angebotenen Workshops, Seminaren und Ausbildungsaktivitäten entgegenbringen. Es zeigt, dass das Engagement von Menschen wie Mechthild Hommes und Timo Weinacht Früchte trägt. Früchte der Hoffnung und der Zuversicht. Und es ist eine berechtigte Zuversicht. Die heimliche kleine Zuschauerin aus Bihembe wird das bestätigen. Immerhin hat ihr Dorf jetzt eine neue Schule.



## Chile

„Die Kunst des Zuhörens“  
oder der Streit um Land in BioBio



Sie sind die Menschen der Erde und sprechen die Sprache der Erde: die Mapuche, eines der letzten Naturvölker Chiles. Die Erde, „Mapu“, ist für sie mehr als eine bloße Lebensgrundlage. Die Erde ist ihnen heilig. Sie ist der Ort, wo ihre Vorfahren begraben sind und wo ihre Götter leben, der Ursprung ihrer symbolischen Riten und Ausgangspunkt ihres Glaubens. Sie ist die materielle Basis ihrer Geschichte und die Grundlage ihres kulturellen Lebens. Verlieren die Mapuche diese Erde, dann verlieren sie nicht nur ihren Lebensraum, sondern mit ihm auch ihre Identität und ihre Kultur. Eine Kultur, die sie über fünf Jahrhunderte lang erfolgreich verteidigt haben: erst gegen das Inka-Reich, dann gegen die Spanier und schließlich gegen die chilenische Oligarchie. Sie kämpften um ihr Land, als mit der Unabhängigkeit Chiles eine Hetzjagd auf die „Indios“ begann und um ihre Existenz, als Pinochet die Aufteilung ihres Besitzes unter Großgrundbesitzern und Forstbetrieben anordnete.

Unbeschadet haben sie das nicht überstanden: Nur wenige Hektar südlich des BioBio-Flusses sind ihnen vom Land ihrer Vorfahren geblieben. Heute müssen die Mapuche auch diese letzten Fleckchen ihrer Erde verteidigen. Nicht gegen Kolonialherren oder Diktatoren, sondern gegen die Geschütze, die die moderne Demokratie auffährt: Forstmaschinen, Planiertrauben und Motorsägen. Es ist ein schwieriges Unterfangen. Denn die Holzwirtschaft hat in Chile sehr mächtige Verbündete.

Für den chilenischen Staat und die nationale Exportindustrie sind die großen Holzunternehmen so wichtig, dass die Belange der einheimischen Bevölkerung oft unter dem Teppich der wirtschaftlichen Interessen verschwinden. Zwar

hat die Regierung sich 1993 mit dem Indígenagesetz („Ley Indígena“) verpflichtet, die Entwicklung der indianischen Gemeinschaften zu respektieren, zu schützen und zu unterstützen. Doch die Praxis sieht nach wie vor anders aus: Lastwagen rumpeln durch die Wälder, die Forstmaschinen der Konzerne machen die Wege kaputt, ohne sich um die Anwohner zu scheren, die natürliche Vegetation verschwindet und Pinien und Eukalyptus trocknen den Boden aus.

Die Mapuche reagieren darauf mit Landbesetzungen, Behinderungen der Abholzarbeiten und Demonstrationen – eben mit Mitteln eines Volkes, das die Geschichte zur politischen Unsichtbarkeit verurteilt hat. Manchmal kommt es zu Bränden in den Pflanzungen oder zu Sachbeschädigungen an den Forstmaschinen. Ob dafür immer die Mapuche verantwortlich sind, ist allerdings fraglich. Denn es besteht ein großes Interesse, sie öffentlich als Terroristen hinzustellen. Und das ist nicht schwer: Auch unbegründete Schuldzuweisungen ziehen mitunter Verhaftungen nach sich. Hintergrund ist der in Chile weit verbreitete Rassismus gegen die indigene Bevölkerung. Die Mapuche seien kriminell, faul und unfähig, so heißt es. Ein Vorurteil, das leider auch von vielen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltungen und der Polizei geteilt wird und wohl den größten Stolperstein auf dem Weg zur gegenseitigen Verständigung darstellt. Umso mehr Geduld und diplomatisches Geschick müssen diejenigen aufbringen, die helfen sollen, die gefrorenen Meinungen der streitenden Akteure aufzutauen. In den fünf Jahren ihres unermüdlichen Engagements vor Ort haben die ZFD-Gesandten Gesine Kaiser und Hans Willi Nolden eine gehörige Portion von beidem bewiesen.

## Vertrauen gewinnen

Ihre Arbeit in BioBio beginnen die Anthropologin und der Jurist und Politikwissenschaftler im Oktober 2001. Zusammen mit dem Verband der drei Gemeindeverwaltungen Contulmo, Cañete und Tirúa, sollen sie hier an der Bearbeitung der Landkonflikte mitwirken. Ziel dabei ist es zum einen, den öffentlichen Sektor für die Bedürfnisse der Mapuche-Bevölkerung zu sensibilisieren, und zum anderen, die Mapuche-Gemeinschaften darin zu unterstützen, ihre Forderungen besser zu artikulieren, damit sie bei staatlichen und privaten Stellen Gehör finden. Leichter gesagt als getan. Denn abgesehen davon, dass die Fronten im Cono Sur extrem verhärtet sind und der Verband noch über keine funktionierenden Strukturen verfügt, existiert hier auch ein hohes Misstrauen gegenüber externen Fremden – und zwar auf beiden Seiten des Konflikts.

Hans Willi Nolden und Gesine Kaiser müssen also quasi „ganz unten“ anfangen: Sie müssen erst einmal das Vertrauen der Beteiligten gewinnen – das der Vertreter von Staat und Wirtschaft ebenso wie das der Mapuche-Gemeinschaften. Fingerspitzengefühl heißt hier das Zauberwort. „Die Kunst dabei ist zuzuhören und nicht gleich mit dem deutschen Zeigefinger zu kommen“, sagt Nolden. „So ein Vorgehen hat überhaupt keinen Sinn, wenn es darum geht, Mythen abzubauen, die es überall in diesem Konflikt gibt.“ Um die Standpunkte der Konfliktparteien kennen zu lernen und diese umgekehrt für die eigene Arbeit zu gewinnen, werden Nolden und Kaiser deshalb erst einmal bei einer ganzen Reihe von wichtigen Akteuren vorstellig: bei den Bürgermeistern der

drei Gemeinden, den Gemeindeverwaltungen, dem Polizeidirektor und einigen Holzwirtschaftsunternehmen, aber natürlich auch bei wichtigen Anführern von Mapuche-Organisationen. Dass die beiden dabei für alle Beteiligten, also auch für die Vertreter aus Staat und Wirtschaft ein offenes Ohr haben, ist für ihre einheimische Kollegin Gloria Colipi zunächst ein wenig befremdlich. Colipi gehört der politischen Indígenabewegung „Identidad Lafkenche“ an und ist für Nolden und Kaiser eine unverzichtbare Pfadfinderin im Dickicht der „Comunidades“. Ihr Vertrauen in die vermittelnde Vorgehensweise der beiden Europäer wächst aber mit der Zeit spürbar. Denn nachdem in Cañete ein Büro gefunden und eine zweite einheimische Kollegin sowie ein ortskundiger Busfahrer eingestellt sind, beginnt die Strategie der Vermittlung sichtbar Wirkung zu zeigen.

Wie von Zauberhand geht das freilich nicht. Alle im Team müssen hart arbeiten: Weitere Kontakte zu Vertretern der verschiedenen Konfliktparteien wollen geknüpft und bestehende gefestigt werden, und auch diverse Feldaufenthalte zur Beratung der Indígena-Gemeinschaften stehen auf dem Programm – angesichts der desolaten Straßenverhältnisse ein bisweilen recht abenteuerliches Unterfangen. Die Veranstaltungen, die das Team mit den Indígenas und den Gemeindeverwaltungen durchführt, erheben dabei nicht den Anspruch, die Landkonflikte zu lösen, sondern wollen vielmehr den Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen und Kulturen in Gang setzen und fördern. „Wir vermitteln Fähigkeiten, Bearbeitungs- und Verhandlungsstrategien, die einen breiteren Blick erlauben und Voraussetzung für eine friedliche Lösung der Landkonflikte sind“, sagt Gesine Kaiser.

Wichtig ist vor allem die Aufklärungsarbeit. Da die Landkonflikte nicht nur Resultat, sondern in gewissem Maße auch Ursache für die aufgeladene Atmosphäre zwischen den Konfliktparteien sind, müssen sie identifiziert, dokumentiert und analysiert werden. Auch diese Aufgabe geht das Projektteam mit viel Elan an: Ein freier Kartograf wird mit einer Studie über die wechselnden Besitz- und Eigentumsverhältnisse von Indígenaland beauftragt, Gloria Colipi kümmert sich um eine projekteigene Datenbank und Nolden arbeitet gemeinsam mit Professor Rodrigo Lillo von der Katholischen Universität Temuco an einer juristischen und politikwissenschaftlichen Analyse der Landkonflikte, die 2003 veröffentlicht wird.

Und schließlich bleiben das außergewöhnliche Engagement und das stets offene Ohr des Teams für alle vom Konflikt Betroffenen nicht ohne Wirkung: Im Dezember 2002, nur knapp ein Jahr nach dem Beginn des Projekts, unterzeichnen die Bürgermeister des Gemeindeverbands Cono Sur eine Vereinbarung („Convenio“), die die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Projektteam offiziell besiegelt. Die örtliche Presse applaudiert, der Mapuche-Bürgermeister aus Tirúa, Adolfo Millabur lobt vor allem die allparteiliche Position des Teams: „Das Gute an diesem Zusammenschluss ist, dass es sich um eine externe Initiative handelt, die nicht vom Staat abhängig und daher frei von Vorurteilen ist.“ Die Kunst des Zuhörens hat sich also bewährt – ab 2002 ist das Team im Cono Sur nicht mehr nur geduldet, es ist gewollt.

## Ausbilder ausbilden

Für Kaiser, Nolden und ihre Helfer ist der „Convenio“ mit dem Cono Sur Bestätigung und Motivation zugleich. Intensiv setzen sie ihre Bildungsarbeit fort und können schon bald feststellen, dass die rivalisierenden Gruppen bei gemischten Veranstaltungen tatsächlich entkrampfter und lockerer miteinander umgehen. Auch das Netzwerk wird größer. Ende 2004 arbeiten in Begleitung von Gesine Kaiser bereits vierzig Mapuche-Anführer (*dirigentes*), die jeweils etwa fünfzig Familien vertreten, im Projekt mit. Und Hans Willi Nolden ist es inzwischen gelungen, neben verschiedenen Führungspersönlichkeiten, Organisationen und Kirchenvertretern auch die Landwirte und die Polizei in die Bildungsarbeit mit einzubinden. Das Projektteam selbst hat zu diesem Zeitpunkt übrigens noch Verstärkung bekommen: Ein weiterer einheimischer Kollege und eine temporäre Nachwuchskraft helfen, den wachsenden Berg an täglichen Aufgaben zu koordinieren.

Ein großer Erfolg ist die Zusammenarbeit mit der staatlichen Indígenenbehörde *Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (CONADI)*, die von Mapuche- und Regierungsvertretern geleitet wird und überregional tätig ist, womit das Projekt schließlich auch über die Grenzen des Cono Sur hinaus Gehör findet. Schon bald finden unter Noldens Anleitung für die CONADI-Mitarbeiter regelmäßig Schulungen und Fortbildungen zur Mediation und Konfliktbearbeitung statt. Außerdem hilft das Team, bei der Behörde ein Dokumentationszentrum einzurichten, das die Beobachtung der Landkonflikte und ein Eingreifen erlaubt, bevor sie in einer

Gewaltspirale eskalieren. Für die Nachhaltigkeit des Projekts ist die Arbeit mit solchen Multiplikatoren ganz entscheidend – schließlich sollen die Ausgebildeten mit den erlernten Instrumenten künftig eigenständig weiterarbeiten. „Unser Ziel ist es jetzt, die Fähigkeiten der Akteure, Konflikte in einer gewaltlosen Art und Weise zu bearbeiten, zu stärken“, erklärt Gesine Kaiser. „Die ausgebildeten Mediatoren sollen dann wiederum, als Ansprechpartner für die jeweilige Gruppe, die Konfliktbearbeitung und den Dialog fördern.“

Die Chancen, dass dieses Konzept aufgeht, wenn das Projekt im Oktober 2006 beendet wird, stehen gut. Auch wenn im Cono Sur nicht alles so friedlich und harmonisch ist, wie man meinen mag. „In einer romantischen deutschen Vorstellung sitzen nachher alle Akteure an einem Tisch, unterhalten sich und finden Lösungen“, lacht Nolden. „Das ist aber eine Illusion. Was wir erreichen können, ist, den einzelnen Akteuren die Idee zu vermitteln, dass es sich hier um Konflikte handelt, die auch positive Perspektiven haben.“ Das ist dem Team in den fünf Jahren seines Wirkens in BioBio definitiv gelungen. Mit viel Geduld und Sensibilität haben Gesine Kaiser und Hans Willi Nolden es tatsächlich geschafft, Vorurteile abzubauen und mit allen Beteiligten – mit den Mapuche genauso wie mit den Vertretern aus Gesellschaft, Staat und Wirtschaft – konkrete Ansätze zu entwickeln, die es ihnen erlauben, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten. Sie haben informiert, Netzwerke geknüpft und aufgeklärt. Vor allem aber haben sie versucht, die Standpunkte aller Seiten zu verstehen und sich nicht von einer Seite vereinnahmen zu lassen. Und genau hier liegt der Schlüssel zum Erfolg, wenn es darum geht, Vorurteile zu bekämpfen.

Denn wer sich gegen das Vorurteil engagiert, der kann das nicht mit den gleichen Methoden tun wie diejenigen, die es vertreten. Dann würde die Rechthaberei nur durch eine andere ersetzt, dann würden sich wohlwollende und human gesinnte Geister ihrerseits in Jakobiner verwandeln. Gesine Kaiser und Hans Willi Nolden haben das aktive Zuhören gelernt – als bewährte Art, Vorurteilen zu begegnen.



## Philippinen

Geister, Gangster und gute Arbeit:  
Konfliktmanagement auf Mindanao

Die Frau ist ein Energiebündel. Obwohl es auf Mindanao schon später Nachmittag ist, als ich sie über ihre Arbeit ausfrage, wirkt Annette Braun am Telefon alles andere als müde. Im Gegenteil: Interessiert ist sie, aufgeschlossen und motiviert. Geduldig beantwortet sie meine Fragen, nachdenklich teilweise, die eigene Situation reflektierend, und mit einem analytischen Scharfsinn, der in diesem frühen Stadium des Projekts von erstaunlicher Weitsicht zeugt. Seit knapp neun Monaten arbeitet die promovierte Politikwissenschaftlerin im Rahmen des ZFD bei Balay Mindanaw, einer einheimischen Nichtregierungsorganisation, die sich seit 1996 für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung verschiedener Gemeinden in der Provinz Misamis Oriental engagiert.

Im Fokus der Organisation stehen die so genannten „Barangays“, die kleinsten Verwaltungseinheiten auf den Philippinen, wie Annette Braun mir erklärt, vergleichbar etwa mit den hiesigen Stadtbezirken, von der Fläche her allerdings um ein Vielfaches größer. Hier leben neben christlichen Siedlern auch Ureinwohner vom Volk der Higaonon-Lumads, eine ethnische Minderheit, die ähnlich wie der muslimische Bevölkerungsteil der Insel überproportional von Armut und Benachteiligung betroffen ist – Folge der ungleichen Landverteilung, die 377 Jahre spanischer Kolonialherrschaft hinterlassen und ein halbes Jahrhundert amerikanischer Kontrolle nicht korrigiert haben. Aus der Konkurrenz um das immer knapper werdende Land sind Grenzstreitigkeiten, Familienfehden und ein gewisses Misstrauen zwischen den verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen erwachsen – große Stolpersteine auf dem Weg Mindanaos in eine bessere Zukunft. Ein wichtiger Teil der Arbeit von Balay Mindanaw

besteht deshalb darin, die Barangays bei der friedlichen Lösung ihrer Konflikte zu unterstützen, durch Rechtsberatung und Hilfe beim Erwerb offizieller Landtitel etwa, aber auch durch direkte Vermittlung und Konfliktmanagement. „Hier kann Balay Mindanaw wirklich einiges leisten, zumal das Team schon seit mehreren Jahren vor Ort arbeitet und das Vertrauen der Ureinwohner hat“, sagt Annette Braun. „Ich habe schon erlebt, dass bei den Higaonon benachbarte Clans jahrelang verfeindet waren, was die Handlungsfähigkeit der Gruppe natürlich erheblich beeinträchtigte. Als dann aber mit Balay Mindanaw ein neutraler Vermittler auftrat, der ein konkretes Anliegen hatte, das einen einheitlichen Beschluss der Gemeinde voraussetzte, unterzogen sich die Familien einer Zeremonie, die ihre Feindschaft beendete. Auch Streitigkeiten darüber, an welchem Fluss oder an welchem Waldrand die Ahnen die Grenzen zwischen zwei Gebieten gezogen haben, konnten schon auf ähnliche Weise gelöst werden.“

Bei den Begriffen „Zeremonie“ und „Ahnen“ kommen mir unweigerlich blutige Voodoo-Rituale in den Sinn, was mir nicht nur mein eigenes Klischeedenken vor Augen führt, sondern mich auch ein wenig verwirrt, denn ich habe gelesen, dass die Lumads inzwischen weitgehend christianisiert sind. „Das ist auch so“, klärt Annette Braun mich auf, „allerdings nur oberflächlich. Kratzt man ein wenig an der Oberfläche, dann kommt ein sehr verwurzelter Animismus zum Vorschein – man glaubt an Hexen und man geht nachts nicht in den Wald, weil man die Geister nicht stören will. Trotzdem hängt im Stammeshaus einer Higaonon-Gemeinde oft auch ein Christusbild.“ Ich finde das sehr spannend und möchte

wissen, ob sie selbst auch schon Erfahrungen mit solchen Higaonon-Bräuchen gemacht hat. Hat sie, denn sie arbeitet regelmäßig in drei Barangays der Kommune Claveria, wo neben christlichen Siedlern auch viele Higaonon-Lumads leben.

Wer mit ihnen langfristig arbeiten möchte, muss erst das Wohlwollen ihrer Ahnen erlangen. Und das geschieht, wie ich staunend erfahre, in einem mehrstündigen Ritual, bei dem tatsächlich Blut fließt, dem so genannten „Singampo“: Zwei Hühner und ein Schwein werden geschlachtet, ihr Blut wird vermischt und mit einer Feder auf die Hand gestrichen, während die „Datus“, die Stammeshäuptlinge, einen Sprechgesang (Dasang) anheben, um die Ahnen um Unterstützung für eine produktive und harmonische Zusammenarbeit zu bitten. Umgekehrt wird der Neuling aufgefordert, in seinem Glauben zu beten, man isst von dem geschlachteten Huhn und wiederholt stimmen die Datus den Dasang an. Was auf mich höchst befremdlich wirkt, ist für Annette Braun inzwischen fast Normalität geworden: Dreimal hat sie an dieser Zeremonie bereits teilgenommen und den Ureinwohnern ihren Respekt erwiesen – nicht einfach, zumal sie eigentlich Vegetarierin ist. Eines ist sicher: Zimmerlich ist Annette Braun nicht.

## Stammeshaus und Steuererhebung

Mein Eindruck, dass Annette Braun mit vollem Einsatz bei der Sache ist, bestätigt sich, als sie mir von ihren derzeitigen Projekten in Claveria erzählt. Hier, etwa eineinhalb Stunden von Cagayan de Oro, dem Hauptsitz der Organisation entfernt, verbringt sie die Hälfte ihrer Zeit, entweder in Gesprächen mit Vertretern der Kommunalverwaltung in

der Stadthalle oder aber bei Besuchen in den abgelegenen, nebelumhüllten Bergdörfern, die größtenteils nur in einem mehrstündigen Fußmarsch zu erreichen sind – eine sportliche Herausforderung. In Minalwang, wo fast ausschließlich Higaonon leben, hat sie inzwischen eine permanente Schlafstätte im „Tulugan“, dem neuen Stammeshaus, das mit DED-Geldern fertig gestellt wurde und für die traditionelle Konflikt-schlichtung eine besondere Rolle spielt. „Es ist ganz wichtig, dass es einen festen Ort gibt, an dem die Higaonon ihr traditionelles Recht praktizieren können“, erklärt sie mir, „weil durch die Existenz dieses Ortes Konflikte, die die Anwendung des traditionellen Rechts erfordern, ernster genommen werden.“

Bei den Higaonon können viele Vergehen durch Vergebungszereemonien gesühnt werden, von Bagatelldelikten bis hin zum Mord. Und je stärker diese traditionelle Rechtsprechung praktiziert wird, desto besser: Nicht nur wird dem Schuldigen so eine möglicherweise mehrjährige Gefängnisstrafe erspart, sondern gleichzeitig werden auch die Gerichte entlastet. Schon seit 1991 gibt es zu diesem Zweck, wie ich lerne, überall auf den Philippinen die so genannten „Lupon Tagapamayapa“, Mediationskomitees auf Bezirksebene, die sich nach Kommunalrecht um Bagatelldelikte kümmern. „Wenn es daneben auch ein Stammeshaus gibt, wo Konflikte – auch schwerwiegendere – auf traditionelle Art verhandelt werden können, dann ist das für die Gerichte natürlich noch eine zusätzliche Entlastung“, sagt Annette Braun. Das Tulugan in Minalwang ist auf jeden Fall ein voller Erfolg: Als Dreh- und Angelpunkt des kulturellen Lebens ist es inzwischen zu einem symbolischen Ort geworden, an dem Hi-

gaonon-Traditionen gelebt und erhalten werden können. Neben Verhandlungen nach traditionellem Recht werden hier zukünftig auch Kurse in volkstümlichem Brauchtum stattfinden – von Konfliktmanagement und Ackerbaumethoden bis hin zu Stammestanz und Kunsthandwerk. Eine wichtige Maßnahme vor allem auch deshalb, weil mit einem kulturell gestärkten Selbstbewusstsein auch die Handlungsfähigkeit der Gemeinde wächst.

Handlungsfähigkeit und Eigenverantwortung der Barangays stehen ebenso im Zentrum eines weiteren Projekts, das Annette Braun und ihr Team in Claveria in Angriff genommen haben: die Einbeziehung der „Barangay-Captains“, also der Bezirksvorsteher, in die Erhebung der kommunalen Grundsteuer. „Dazu muss man wissen, dass Claveria ungefähr 40 000 Hektar groß ist, was die Erhebung der Grundsteuer für die Beamten der Stadtverwaltung schon aus geografischen Gründen schwierig macht“, erklärt sie. „Nur etwa 30 Prozent der geschätzten Grundsteuer können momentan eingetrieben werden, und selbst das ist sehr kosten- und zeitintensiv. Für einen eingetriebenen Peso müssen knapp neun Pesos ausgegeben werden. Deshalb ist es wichtig, die Barangay-Chefs in den Prozess der Grundsteuererhebung aktiv mit einzubeziehen. Sie sind vor Ort und haben die Grundstücksverhältnisse besser im Blick, sodass ihre Einbeziehung auf lange Sicht für beide Seiten gewinnbringend ist. Immerhin fließen etwa 25 Prozent der eingenommenen Grundsteuer zurück an die Bezirke.“ Zudem können auf diese Weise Konflikte vermieden werden, weil der Prozess des Gebens und Nehmens zwischen Kommune und Bezirk transparenter wird. Im Alleingang kann Balay-Mindanao dieses Projekt



freilich nicht realisieren; hier ist eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden nötig.

Die notwendigen Kontakte zur Kommunal- und Provinzverwaltung hat Annette Braun auch schon geknüpft: Erste Gespräche mit den Steuerschätzern haben stattgefunden, Zahlen sind verglichen und Handbücher gesichtet worden – mit Erfolg. Es bestehen gute Aussichten, dass das Projekt schrittweise umgesetzt werden kann. Für die Mitarbeiter von Balay Mindanaw ist die partnerschaftliche Kooperation mit der Verwaltung allerdings ein Novum, da sie normalerweise ausschließlich auf Bezirksebene arbeiten. Hier nimmt Annette Braun eine Art Vermittlerrolle ein und versucht, den methodischen Blick des Teams für die Zusammenarbeit auch mit den Behörden zu schärfen. Behutsam tut sie das und mit viel Feingefühl, denn wie von den anderen Mitarbeitern wird auch von ihr erwartet, dass sie sich ins Team einfügt. Hohes Engagement ist bei Balay Mindanaw zwar erwünscht, Einzelinitiativen werden hingegen eher kritisch beäugt.

## Möglichkeiten und Grenzen

Überhaupt, so wird im Gespräch deutlich, hat Annette Braun gründlich über die Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens bei Balay Mindanaw nachgedacht. Inzwischen hat sie einen sicheren Blick dafür entwickelt, was machbar ist und was nicht. „Es war anfangs nicht ganz einfach, sich zu integrieren“, erzählt sie. „Wir mussten erst ein Gefühl dafür bekommen, wie die Leute hier arbeiten und was von uns erwartet wird.“ Mit „wir“ meint Annette Braun auch ihre deutsche Kollegin Svenja Schmelcher, die im Rahmen des

ZFD Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising der Organisation unterstützt und mit der sie sich regelmäßig austauscht. Für beide waren die Arbeits- und Herangehensweisen der Filipinos zunächst fremd, „vor allem, weil hier immer alles auch einen gewissen Unterhaltungswert hat, während wir in Deutschland viel sachbezogener und analytischer arbeiten“, sagt Annette Braun. „Außerdem gibt es gewisse Konflikte, über die man nicht redet. Sie sind „delicado“, wie man hier sagt, also zu gefährlich, um thematisiert zu werden. Als Außenstehender ist man da kulturell gar nicht genug eingebunden, um eigenständig zum Beispiel Trainings abzuhalten, weil man immer Gefahr läuft, ins Fettnäpfchen zu treten.“

Ähnlich umsichtig muss Annette Braun auch bei ihrer Arbeit mit den Higaonon-Gemeinden vorgehen, zumal es hier neben den kulturellen auch sprachliche Barrieren gibt. Zwar spricht sie inzwischen das auf Mindanao verbreitete Cebuano, doch haben die Higaonon ihre eigene Sprache, sodass sie hier auf einen Übersetzer angewiesen ist. Im Rahmen eines (von einem Kollegen übersetzten) Vortrags hat sie hier ganz bewusst einmal ihre Grenzen ausgetestet und der Higaonon-Gemeinde vorgeschlagen, eine Konfliktanalyse durchzuführen. Die Reaktionen fielen erwartungsgemäß verhalten aus: „Es gibt bei den Higaonon große Vorbehalte, ihre Ängste und Konflikte mit einer externen Person zu besprechen“, sagt sie. „Zumal es hier nicht nur um reelle Bedrohungen geht, sondern auch um irrationale Ängste, vor Hexen und Naturgeistern zum Beispiel, und um geheime Bräuche, die man Außenstehenden eben nicht anvertraut, schon gar nicht, wenn diese kein Higaonon sprechen.“ Trotz dieser kulturellen Hürden wird das Engagement der jungen

Europäerin sehr geschätzt, und in den Higaonon-Gemeinden ist sie mittlerweile ein gern gesehener Gast.

Ich möchte wissen, ob sie bei ihren Aufenthalten in den abgelegenen Barangays keine Angst hat – schließlich ist Mindanao für Rebellenaktivitäten bekannt, in deren Zuge auch der eine oder andere ausländische Tourist verschwindet. „Insgesamt ist die Sicherheitslage stabil, und wenn man sich an die Regeln hält, kann eigentlich nichts passieren“, sagt sie schlicht. „Wichtig ist, dass die Bezirksvorsteher wissen, wann ich vor Ort bin und wo ich übernachte.“

Die Frau ist also nicht nur ein Energiebündel, sondern auch ziemlich mutig – weder Geister noch Gangster scheinen sie schrecken zu können. Kein Wunder, dass es ihr nach so kurzer Zeit vor Ort bereits gelungen ist, ein solides Fundament zu schaffen, auf dem sie ihre Arbeit fortsetzen kann. Und auf dem Programm steht so einiges: Neben der Implementierung des Grundsteuerprojekts und der Arbeit mit den Higaonon wird Annette Braun künftig auch die Bezirksmediatoren beraten, Vorträge zum Thema Dezentralisierung und Föderalismus halten und im Rahmen eines Programms zur Friedenserziehung für das philippinische Militär verschiedene Konfliktlösungsmodule vorstellen – ein Projekt, das sie besonders begeistert, weil die Initiative hier vom Militär selbst ausgegangen ist, wie sie mir erzählt. Ich bin beeindruckt. Und nach unserem Gespräch umso mehr davon überzeugt, dass Annette Braun auf Mindanao noch einiges bewegen wird. Nicht nur, weil sie motiviert, belastbar und angstfrei ist. Sondern auch, weil es ihr immer wieder gelingt, ihre Position als Außenstehende für ihre Arbeit positiv zu nutzen, die eigene Rolle kritisch zu hinterfragen und mit

ihrem außergewöhnlichen Gespür für kulturelle Feinheiten eine pragmatische Einschätzung dessen vorzunehmen, was sie überhaupt bewegen kann.



## Ecuador

Konfliktmanagement im  
Kampf gegen die Motorsäge

Esmeraldas – die nordwestlichste der zwanzig Provinzen Ecuadors. „Smaragd“ bedeutet der Name und könnte für die Gegend kaum passender gewählt sein. Denn hier, zwischen der Pazifikküste und der kolumbianischen Grenze, ist die ganze Landschaft in ein intensives und leuchtendes Grün getaucht. Von den Mangroven am Ozean bis zu den Regenwäldern überrascht es in immer neuen Facetten: Es gibt sensationelle Gewächse, die es sonst nirgendwo auf der Welt gibt und eine Artenvielfalt, die schon so manchen Forscher hat in Verzückung geraten lassen. Zwischen den riesigen Bäumen in den Nebelwäldern wachsen exotische Blumen, kleinere und größere Flüsse schlängeln sich durch die Hügel und verwandeln sich unvermittelt in gewaltige Wasserfälle. Das Zirpen der Zikaden gehört genauso wie das sporadische Quaken der bunten Pfeilgiftfrösche zu den üblichen Geräuschen des Regenwalds. Hier und da sieht man träge ein Faultier in den Bäumen hängen, manchmal krabbelt eine Vogelspinne über den Weg. Handtellergroße Schmetterlinge und blau schimmernde Libellen schwirren im Dickicht herum, und aus der Ferne hört man das Brüllen der Brüllaffen. Ein idyllisches Bild.

Doch die Welt des Regenwalds von Esmeraldas ist längst nicht so harmonisch, wie es auf den ersten Blick scheint. Denn was für den Besucher ein faszinierendes Naturspektakel, ist für die Einwohner ein inzwischen ernsthaft bedrohter Lebensraum. Der Reichtum an natürlichen Ressourcen, insbesondere an edlen Hölzern, die sich zu stolzen Preisen verkaufen lassen, hat nicht nur die Industrie angelockt, sondern mit ihr auch die Siedler, die hier auf fruchtbaren Boden hoffen. Mit dem erschreckenden Resultat, dass Holzfirmen

inzwischen unaufhörlich Tropenholz aus dem Regenwald karren, Siedler den Wald roden, um Ackerland zu gewinnen und Großgrundbesitzer das Gleiche tun, um ihren Ölpalmenbestand zu erweitern. Das Problem dabei ist nicht nur, dass der Waldbestand bedenklich schrumpft, sondern auch, dass die bearbeiteten Landflächen oft schon einen Eigentümer haben – alteingesessene Gemeinden, die seit Generationen auf dem Land leben und arbeiten und ihre Lebensgrundlage zunehmend bedroht sehen.

Nach ecuadorianischem Recht können Privatpersonen, Einzelgemeinden und Unternehmen Flächen übereignet bekommen, die sie mindestens fünf Jahre ununterbrochen bewirtschaftet haben, vorausgesetzt, die Fläche ist nicht schon vergeben. Die Regierung nimmt es allerdings mit der Vergabe der Landtitel nicht so genau, sodass es mitunter zwei oder mehrere begründete Ansprüche auf ein Stück Land geben kann. Die Folge sind heftige Querelen zwischen den verschiedenen Gruppen um die Nutzungsrechte. Es ist ein ungleicher Kampf. Vor allem gegen die Unternehmen ziehen die Gemeinden der Indigenen und Afro-Ecuadorianer meist den Kürzeren; hier trifft David auf Goliath. Hinzu kommt, dass ihre Verhandlungsposition meist noch durch zusätzliche Streitigkeiten untereinander und mit den Siedlern geschwächt ist. Keine gute Ausgangsposition, um den Regenwald nachhaltig zu bewirtschaften. Denn dazu müssen die verschiedenen Parteien erst lernen, ihre Konflikte friedlich beizulegen. Und genau hier kommt Volker Frank ins Spiel.

## Anbau von Dialogkulturen

Drei Jahre lang arbeitet der Soziologe und Entwicklungspolitologe mit dem Team der einheimischen Unidad Coordinadora para el Desarrollo Forestal Sostenible de la Provincia de Esmeraldas (UC). Die Koordinationseinheit zur nachhaltigen Entwicklung des Waldes von Esmeraldas wurde 1995 gegründet, um die Arbeit der verschiedenen in der Region tätigen Organisationen zu koordinieren und so die Kräfte im Kampf gegen die fortschreitende Zerstörung des Regenwalds zu bündeln. In ihr sind Regierungsinstitutionen, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen sowie der Verband der Holzindustrie vertreten. Schnell ist klar, dass eine nachhaltige und verantwortungsvolle Bewirtschaftung des Regenwalds nur dann funktionieren kann, wenn etwas gegen die Konflikte zwischen den einzelnen Nutzergruppen getan wird.

Das professionelle Know-how dafür kommt im Oktober 2001 über den Zivilen Friedensdienst in Gestalt von Volker Frank. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der UC soll Frank versuchen, die Dialogbereitschaft zwischen den rivalisierenden Akteuren zu fördern und die Verhandlungsposition vor allem der indigenen und afro-ecuadorianischen Kommunen zu stärken. Ein ehrgeiziges Unternehmen, denn Landknappheit und Vorurteile haben den gesellschaftlichen Kitt zwischen den verschiedenen Gruppen und Ethnien im Laufe der Zeit erheblich bröckeln lassen. Von Anfang an arbeitet Volker Frank deshalb eng mit seinem einheimischen Kollegen Edgardo Prado zusammen. „Die Orientierung durch einen lokalen Experten, der den kulturellen Kontext

kennt, war sehr wichtig“, sagt er. „Vor allem bei den direkten Interventionen auf Gemeindeebene mussten die kulturellen Besonderheiten der verschiedenen Gruppen berücksichtigt werden.“

Tatsächlich funktioniert die Zusammenarbeit gut, denn die beiden Experten ergänzen sich hervorragend. Während Prado aus Esmeraldas stammt und die Probleme zwischen den einzelnen Konfliktparteien und Ethnien sehr gut einschätzen kann, hat Frank fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Konfliktmanagement im Gepäck. Und die kommen gleich in einer ganzen Reihe von Maßnahmen zum Einsatz: Zunächst einmal sind da die Seminare und Fortbildungen, die Frank und sein Team zu Themen und Techniken der zivilen Konfliktbearbeitung abhalten. Sie richten sich hauptsächlich an Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Lokalverwaltungen, sind aber daneben auch in Programme zur Ausbildung lokaler Führungskräfte eingegliedert, die von örtlichen Basisorganisationen getragen werden. Eine gute Strategie, denn schließlich sollen die Geschulten langfristig als selbstständige Multiplikatoren für friedliche Konfliktlösungen fungieren. Und der Plan geht auf: Schon bald haben die ehemaligen Teilnehmer zwei Arbeitsgruppen gebildet, die das Gelernte in verschiedenen Fällen von Umweltkonflikten eigenständig anwenden.

Damit allein ist es aber nicht getan. Denn neben den gezielten Schulungen will in der üppigen Vegetation Esmeraldas' auch das zarte Pflänzchen der Dialogkultur gepflanzt werden. Dazu hilft Volker Frank, Veranstaltungen zu verschiedenen Umweltthemen zu organisieren und vorzubereiten, zu denen alle rivalisierenden Akteure geladen sind – von Nicht-

regierungs- und Basisorganisationen bis hin zu öffentlichen Einrichtungen und Privatunternehmen. Und obwohl sich das Interesse der letzteren in Grenzen hält, sind die Diskussionen sehr konstruktiv. Aus den Versammlungen gehen drei permanente Dialogforen hervor, die Frank und sein Team koordinieren und beratend begleiten. So ist zum Beispiel auch die Wasserproblematik ein wichtiges Thema, denn sauberes Wasser ist in Esmeraldas längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Deswegen werden erste Schritte eingeleitet, um eine Instanz zur Prävention möglicher Wasserverteilungskonflikte einzurichten. Nur eine von vielen lokalen Aktivitäten, für die Frank und sein Team die nötigen Impulse liefern.

Während Volker Frank einige Aufgaben im Büro erledigen kann, erfordern andere Maßnahmen den körperlichen Einsatz im Feld. Vor allem dann, wenn das Projektteam direkt in kommunale Streitigkeiten eingreift. Dann muss das Motorboot klagemacht werden, denn viele der indigenen und afro-ecuadorianischen Gemeinden sind ausschließlich über den Wasserweg zu erreichen. „Die Durchführung eines einzigen Workshops kann da schon mal drei Tage dauern“, sagt Frank. Umso erfreulicher ist es, wenn sich der Einsatz lohnt und mit den Konfliktparteien Lösungen gefunden werden können, die für alle Beteiligten akzeptabel sind.

So wie in Arenales, einer kleinen afro-ecuadorianischen Gemeinde von 180 Einwohnern am Ufer des Río Onzole. Hier können zwei Gruppen Nutzungsrechte für ein und dieselben Flächen vorweisen – ein klassisches Pulverfass. Ein Jahr, nachdem die Gemeinde offiziell einen Titel für ihr Land erhalten hatte, kamen die Siedler mit Landtiteln für denselben Boden. In der Folge brach der Kontakt zu den „Co-

lonos“ ab. Inzwischen kommen sie nicht einmal mehr ins Dorf, um einzukaufen. Ihre Kinder gehen nicht zur Schule, die Gemeinde fühlt sich bedroht. Hinzu kommen Quereilen unter den Gemeindemitgliedern selbst – auch in punkto Holzeinschlag. Der Verkauf von Holz ist rentabel und führt den einen oder anderen dann doch in Versuchung, obwohl nach den Gemeinderegeln nur in persönlichen Notlagen und auch nur mit Erlaubnis des Gemeindevorsitzenden Holz geschlagen werden darf.

Volker Frank und sein Team sind in Arenales also doppelt gefordert. Zumal die Erwartungen seitens der Gemeinde an die „externen Schlichter“ hoch sind: „Viele dachten, wir seien quasi als Feuerwehr gekommen, um die Probleme der Gemeinde zu lösen“, sagt Frank. „Es hat einiges an Mühe gekostet, den Menschen klarzumachen, dass sie mit unserer Hilfe lernen würden, ihre Konflikte selbst zu lösen.“ Sobald das einmal geklärt ist, läuft alles gut. Frank und Prado führen mehrere Workshops durch, an denen sogar die Kinder des Dorfes teilnehmen. Die Konflikte der Gemeinde werden von den Dorfbewohnern diskutiert, die Gemeinderegeln gesammelt und schriftlich niedergelegt. Und schließlich gelingt es ihnen auch, mit den Siedlern eine Lösung zu finden.

## Zeit zum Wachsen

Insgesamt haben Frank und sein Team in vier Landkonflikten auf Gemeindeebene interveniert. Nicht bei allen lief es gut; in einem Fall beschloss die Gemeinde, den Konfliktfall auf juristischer Ebene fortzuführen. Trotzdem ist die Saat, die Volker Frank in den drei Jahren der gemeinsamen

Arbeit mit der UC eingebracht, auf fruchtbaren Boden gefallen. Sie ist aufgegangen und gewachsen und wird von den UC-Mitarbeitern in Esmeraldas nun eigenständig gepflegt. Dass das möglich ist, ist nicht zuletzt auch der kompletten Restrukturierung der Organisation (jetzt UCE) zu verdanken, zu der Volker Frank sehr engagiert beigetragen hat. Inzwischen haben die geschulten Multiplikatoren ein Mediationsystem aufgebaut, das seit 2004 von einem Gender-Experten beraten wird, und auch das von Frank und Prado initiierte Informationszentrum für die Mitgliederorganisationen der UCE hat sich bewährt. Immer noch gibt es „El Chiparo“, das periodisch erscheinende Informationsblatt, das während der gemeinsamen Arbeit entstanden ist, genauso wie eine interaktive CD, auf der der Lernprozess, den das Projekt in der Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen gemacht hat, minutiös dokumentiert ist. Und schließlich hat die UCE auch die Koordination des Forums zur Wasserproblematik übernommen.

All das hat Volker Frank mit auf den Weg gebracht – obwohl es einige Faktoren gab, die die Projektarbeit erschwert haben. Da waren zum Beispiel die erhöhten Aktivitäten von kolumbianischen Guerilla-Truppen an der Grenze, in deren Zuge nicht nur viele Militärs nach Esmeraldas kamen, sondern auch kolumbianische Flüchtlinge, die sich auf dem ohnehin schon rar gewordenen Land niederließen und die Konflikte verschärften. Das hohe Machtgefälle in Esmeraldas, die Armut und die industriefreundliche Politik der Regierung lieferten auch nicht eben die optimalen Voraussetzungen zur erfolgreichen Konfliktbearbeitung. Und trotzdem: Die Grundlagen sind gelegt. Für das UCE-Team

heißt es jetzt dranzubleiben. Es gilt, die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung beständig zu nutzen, damit Streitigkeiten auf friedlichem Wege gelöst werden können und das Recht der Gemeinden auf einen unangetasteten Lebensraum gewahrt bleibt. Nur so kann eine gewaltsame Eskalation der Landkonflikte in Esmeraldas langfristig vermieden werden. Und nur so ist dort, wo die Politik versagt, auch eine nachhaltige Bewirtschaftung des Regenwalds möglich. Eben nicht vom Staat verordnet und von Gesetzen fixiert, sondern als lokale und gemeinschaftliche Aktion.



## Sudan

Im Schatten der Gewalt –  
Die Chronik von Sanam-El-Naga



**Nyala, Juni 2004.** Regen prasselt auf das Dach des Bürogebäudes. Eigentlich ist der Regen ein gutes Zeichen, denn mit ihm verwandelt sich die staubige Wüste Darfurs in eine von saftigem Grün überzogene Hügel- und Felderlandschaft. Doch auch der Regen bringt keine Erleichterung. Über den Straßen hängt der Geruch von Gewalt, es ist ruhig geworden in Nyala. Einige Büroräume sind leer geräumt, viele der internationalen Hilfsorganisationen haben ihre Mitarbeiter schon abgezogen.

Nachdenklich packt auch Alain Sitchet seine Sachen zusammen. Auch er wird später am Tage in ein Flugzeug steigen, das ihn ins sichere Khartum im Norden des Landes bringt – vorübergehend, so ist es geplant, bis die Situation in Darfur wieder unter Kontrolle ist. Wann das sein wird, weiß niemand. Gut möglich, dass Alain Sitchet nicht mehr nach Nyala zurückkehren kann. Er denkt an die Menschen in Sanam-El-Naga, Flüchtlinge im eigenen Land, die gerade erst wieder angefangen haben zu leben, zu hoffen. Werden sie wieder fliehen müssen, so wie damals, als die bewaffneten Reiter im Süden ihre Dörfer überfielen? Wieder Tage, Wochen, Monate in der Savanne umherirren, ohne Wasser und ohne Lebensmittel? Fragen, die Alain Sitchet nicht mehr loslassen wollen. Mehrere Jahre lang haben er und sein Vorgänger Wilhelm Böttrich zusammen mit vielen anderen Helfern alles daran gesetzt, diesen Menschen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Jetzt ist alles ungewiss. Die Ungewissheit ist das Schlimmste. Hier, im Sudan, in einer der politisch instabilsten Regionen der Welt.

**Nyala, März 2001.** Der Boden ist aufgeheizt wie eine Kochplatte, als Wilhelm Böttrich aus dem Flugzeug steigt. Vor ihm liegen zwei Jahre harte Arbeit in einem ehrgeizigen Gemeinschaftsprojekt von DED, Oxfam Great Britain und Save the Children UK: Rund viertausend Flüchtlingsfamilien aus dem Südsudan sollen in einer wenig bewohnten Gegend in Süd-Darfur neu angesiedelt werden. Die Neusiedler sind Vertriebene vom Volk der Dinka, afrikanische Viehzüchter und mit drei bis vier Millionen Menschen die größte Ethnie im Südsudan, der seit Generationen einen erbitterten Krieg gegen den arabisch-islamischen Norden des Landes führt. Einen Krieg, der inzwischen 1,5 Millionen Todesopfer gefordert hat. Mehr als fünf Millionen Menschen sind auf der Flucht im eigenen Land. Denn die Regierung in Khartum will arabisch sein, nicht afrikanisch, sie will das ganze Land islamisieren – mit der Waffe in der Hand, wenn nötig.

Im Süden des Landes kämpfen längst nicht mehr nur Regierungstruppen gegen südsudanesischen Rebellen, sondern auch die Rebellen untereinander, wobei die Regierung geschickt die Interessen einzelner Volksgruppen ausnutzt. Irgendwo dazwischen verhungert die Zivilbevölkerung. Diejenigen, die aus ihren Dörfern vertrieben wurden, erzählen immer dieselbe Geschichte: Bewaffnete Männer seien gekommen, hätten ihre Hütten niedergebrannt, Lebensmittel und Saatgut vernichtet. Wer nicht stirbt, wird gefangen genommen, vergewaltigt oder in die Sklaverei verkauft. Wer entkommen kann, versucht sich durch das in der Hitze brütende Brachland zu einem der Flüchtlingscamps im Norden durchzuschlagen – tagelange Hungermärsche, die nicht alle

überstehen. In den Camps werden die Überlebenden notdürftig versorgt. Doch auch hier sind die Lebensbedingungen schwierig, ist die Heimat provisorisch.

Das Neuansiedlungsprogramm in Süd-Darfur soll deshalb helfen, den Flüchtlingen neue Perspektiven zu geben: Sie erhalten Land, das sie eigenständig bearbeiten können, und Unterstützung beim Aufbau und der Organisation einer funktionierenden Gemeindeform. Etwa achtzig Kilometer südlich von Nyala, in Sanam-El-Naga, sollen sie angesiedelt werden. In der Gegend leben einige afrikanische Gemeinden, die den Misseryia Jebel angehören und hauptsächlich von der Viehzucht leben. Die Aktion birgt also einiges an Konfliktpotenzial: nicht nur aufgrund der ethnischen Unterschiede zwischen Neu- und Altsiedlern, sondern auch durch potenzielle Streitereien um Wasser und Land. Auch werden die neuen Siedler durch Hilfsmaßnahmen von internationalen Organisationen unterstützt, was wiederum Neid und Missgunst bei den Nachbargemeinden auslösen kann.

Wilhelm Böttrich hat daher eine sehr anspruchsvolle Aufgabe: Zusammen mit einem einheimischen Kollegen wird er im Rahmen des Projekts eine Soziale Beobachtungseinheit (Social Monitoring Unit – SMU) einrichten, die das friedliche Zusammenleben der neuen Siedler mit den bestehenden Nachbargemeinden fördern und Konflikte frühzeitig erkennen und abwenden soll. Dazu müssen nicht nur alle gesellschaftlichen Prozesse genauestens beobachtet, sondern auch die Mitarbeiter der am Projekt beteiligten Organisationen für die friedliche Konfliktregelung sensibilisiert werden. Beides packt der im Rahmen des ZFD geschickte Sozialwissenschaftler im Mai 2001 mit viel Energie an.

**Sanam-El-Naga, Juli 2002.** Die öden Wüstenstraßen sind überflutet, der Regen hat den Boden in zähen Morast verwandelt. Trotzdem ist Wilhelm Böttrich so oft es geht vor Ort. Inzwischen sind in Sanam-El-Naga die ersten Siedler eingetroffen. Es sind weniger als geplant, nur ungefähr 500 von den vorgesehenen 2000 Dinka-Familien: Die Helfer warten auf die zugesagten EU-Mittel, und auch die Bohrung von Brunnen zur Trinkwasserversorgung gestaltet sich schwieriger als angenommen, sodass sich die Umsiedlung verzögert. Trotzdem hat sich die SMU schon jetzt für das gesamte Projekt unverzichtbar gemacht. In zahlreichen Gesprächen mit den Neusiedlern und Mitgliedern der Gastgemeinde haben Böttrich und sein Helfer wichtige Informationen über die Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen zusammengetragen, die sie mit dem Projektmanagement der Trägerorganisationen in regelmäßigen Sitzungen besprechen. „Die SMU war gewissermaßen das Ohr des Unternehmens, indem sie die Anliegen der Siedler aufnahm, an das Projektmanagement weiterleitete und Rückmeldung gab“, erklärt Böttrich. „So ließen sich einige Spannungen vermeiden und die Arbeit besser koordinieren, vor allem in punkto Trinkwasserversorgung und Siedlungsplanung.“

Überhaupt steht die SMU dem Konsortium der Hilfsorganisationen bei vielen Aktivitäten beratend zur Seite. So haben Böttrich und sein einheimischer Kollege zum Beispiel für die Einrichtung eines Kreditkomitees und eines landwirtschaftlichen Beratungsdienstes gesorgt, Institutionen, die den Siedlerfamilien den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern sollen. Praktisch ist die Arbeit der SMU allerdings nicht so einfach. Der täglich wachsende Berg an Aufgaben

ist für zwei Personen nur schwer zu bewerkstelligen, und der Informationsfluss zwischen SMU und dem Projektmanagement ist auch nicht immer optimal. Außerdem lassen sich, solange noch Dreiviertel der neuen Siedler fehlen, kaum Maßnahmen einleiten, die zu einer funktionierenden Gemeindestruktur beitragen.

Zwar läuft bislang alles gut: Die Nachbargemeinden sind friedlich, und es gibt ein Gemeindeentwicklungszentrum, das die Siedler mit Unterstützung der SMU eigenhändig aufgebaut haben und das inzwischen von allen Beteiligten für Veranstaltungen intensiv genutzt wird. Wilhelm Böttrich kann mit seiner Arbeit zufrieden sein. Doch er weiß auch, dass die Zeit knapp wird. Ende 2003 soll das Projekt auslaufen. Eine Verlängerung ist unausweichlich, wenn die Nachhaltigkeit der Maßnahmen gesichert werden soll. Und dann ist da noch die ständige Ungewissheit hinsichtlich der Sicherheit der Siedler. Auch in Darfur gibt es marodierende Banden und Rebellen. Besorgt steigt Wilhelm Böttrich in den Jeep und fährt zurück ins Büro in Nyala. Es gibt noch viel zu tun.

**Sanam-El-Naga, November 2003.** Im Dorf herrscht lebendiges Treiben. Unter sengender Sonne wird gehämmert, gesägt und gebaut; hier und da hört man sogar ein Kinderlachen – Zeichen der Zuversicht, die die Menschen hier gefasst haben. Alain Sitchet und sein Team kümmern sich mittlerweile um 1910 Familien. Im Februar hat der Politologe von Böttrich die Leitung der SMU übernommen, das Projekt ist um zwei Jahre verlängert worden. Heute wird Sitchet im Gemeindeentwicklungszentrum einen weiteren Workshop zur Konflikttransformation für das Management-Komitee der

Siedler leiten – nur eine von zahlreichen Aktivitäten, die die SMU inzwischen durchführt. Die Einheit ist jetzt ein richtiges Team: Ein Dinka Agar aus Rumbek und eine Frau aus Nubien im Norden des Landes fungieren als Assistenten, und auch zwei Feldarbeiter sind hinzugekommen, beide Dinka. Sie sind permanent vor Ort, was Sitchet die Koordination und Kommunikation – auch mit dem Projektmanagement – ein wenig erleichtert.

Und koordiniert werden will so einiges: So sollen zum Beispiel sozial schwächere Gruppen – Jugendliche und Frauen – in der Gründung von Eigeninitiativen unterstützt werden, eine Maßnahme, die angesichts der patriarchalischen Strukturen der Dinka-Gesellschaft nur mit sehr viel Feingefühl umgesetzt werden kann. Anfragen von Siedlern nach Möglichkeiten der Erwachsenenbildung und der Einrichtung eines Kindergartens werden weitergeleitet und gemeinsam mit dem United Nations Children's Fund (UNICEF) und Save the Children bearbeitet. Außerdem betreuen Sitchet und sein Team die Siedler inzwischen in allen Fragen der Gemeindeorganisation. Und daneben müssen sie natürlich auch weiterhin die gesellschaftliche Entwicklung in Sanam-El-Naga im Blick behalten: Kleinere Konflikte bleiben bei dieser Menge an Menschen nicht mehr aus, sie können jedoch meist friedlich gelöst werden. Nicht zuletzt deswegen, weil die SMU durch ihr hohes Engagement bei allen Beteiligten inzwischen hoch im Kurs steht. Sie ist Ansprechpartner, Vermittler und Berater zugleich. Eine Rolle, die Sitchet und sein Team vor allem während der ersten Sicherheitskrise unter Beweis gestellt haben. Denn in diesem Jahr wurden die Siedler schon mehrmals von bewaffneten Nomaden überfal-

len, arabischen Rizeigat, die bei ihren Überfällen 100 Ziegen, mehrere Kühe und einen Pferdekarren gestohlen haben. Die Situation drohte zu eskalieren, als die Siedler erhöhte Bereitschaft zeigten, sich zur Wehr zu setzen. „Glücklicherweise waren wir in der Lage, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Einheiten und durch intensive Lobbyarbeit das Problem zu lösen“, sagt Sitchet.

Doch die SMU hat mehr getan als das. Sie hat auch dafür gesorgt, dass künftig mehr Sicherheitskräfte in der Siedlung präsent sind. In zahlreichen Gesprächen ist es Sitchet und seinem Team gelungen, die zuständigen Behörden dazu zu bewegen, weitere Polizisten zu schicken und 15 junge Siedler in der Polizeischule von Nyala für den Einsatz in der Siedlung auszubilden. Inzwischen drehen die Sicherheitskräfte permanent ihre Runden – zu Pferde wohlgekerkt, auch dafür hat die SMU gesorgt. Trotzdem ist Alain Sitchet beunruhigt. Die Überfälle scheinen nur die ersten Vorboten für eine neue Welle der Gewalt zu sein. Denn die begonnenen Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und den Rebellen im Süden haben nun die Ansprüche diverser Bürgerkriegsparteien im Westen geweckt, sodass es in Darfur in letzter Zeit immer häufiger zu blutigen Kämpfen zwischen Rebellen und arabischen Reitermilizen kommt. Einige Städte im Norden Darfurs sind bereits angegriffen worden, die Straße von Nyala nach Sanam-El-Naga ist inzwischen immer öfter gesperrt. Wenn die Situation weiter eskaliert, wird die Betreuung der Siedler bald nicht mehr möglich sein. Gerade jetzt, wo sie neuen Mut zu fassen beginnen, wieder bereit sind, nach vorne zu blicken. Bekümmert betritt Sitchet das Gemeindeentwicklungszentrum.

**Khartum, Januar 2005.** Täglich erreichen die Hauptstadt neue Schreckensmeldungen aus Darfur. Immer wieder wird von neuen Angriffen und Überfällen durch Rebellen oder durch die arabischen Reitertruppen berichtet. Die Entwaffnung dieser arabischen Milizen, der so genannten „Janjaweed“, hat bislang nicht stattgefunden. Vielmehr scheinen offizielle Polizei und Milizen zum Teil zusammenzuarbeiten. Sie plündern, vertreiben und töten, die ganze Tragödie des Südens scheint sich nunmehr im Westen des Landes zu wiederholen. Zwei Mitarbeiter von Save the Children sind im Dezember bei einer Minenexplosion umgekommen, zwei weitere wurden von Rebellen erschossen. Nach Oxfam und dem DED hat auch diese Organisation inzwischen ihre restlichen Helfer aus dem Gebiet abgezogen. Die Menschen in Sanam-El-Naga sind seit Ende 2004 auf sich allein gestellt, das Projekt musste vorzeitig beendet werden.

Wie alle Beteiligten kann Alain Sitchet jetzt nur hoffen. Hoffen, dass die Siedlung von Überfällen verschont bleibt, dass die Sicherheitskräfte sich bewähren, all die Mühe nicht umsonst war. Auf seinem Schreibtisch beginnt sich inzwischen die Arbeit für neue Projekte zu häufen, Projekte, die er in Zukunft von Khartum aus koordinieren wird. Vor allem der Süden braucht nach dem Friedensabkommen Unterstützung für die Nachkriegsphase. Und nach der erfolgreichen Arbeit der SMU in Sanam-El-Naga ist anzunehmen, dass sich das Konzept auch bei der Reintegration von heimgekehrten Flüchtlingen bewähren wird. Alain Sitchet wird künftig sehr viel zu tun haben. Doch die Sorge um die Menschen von Sanam-El-Naga wird ihn dabei täglich begleiten. Solange, bis der Terror endlich ein Ende hat. Bis die Menschen in Darfur

wieder sicher sind, ihre Kinder wieder lachen können. Wann das ist, bleibt ungewiss. Bald, „inshallah“ – so Gott will.



